

vpod

Bildungspolitik

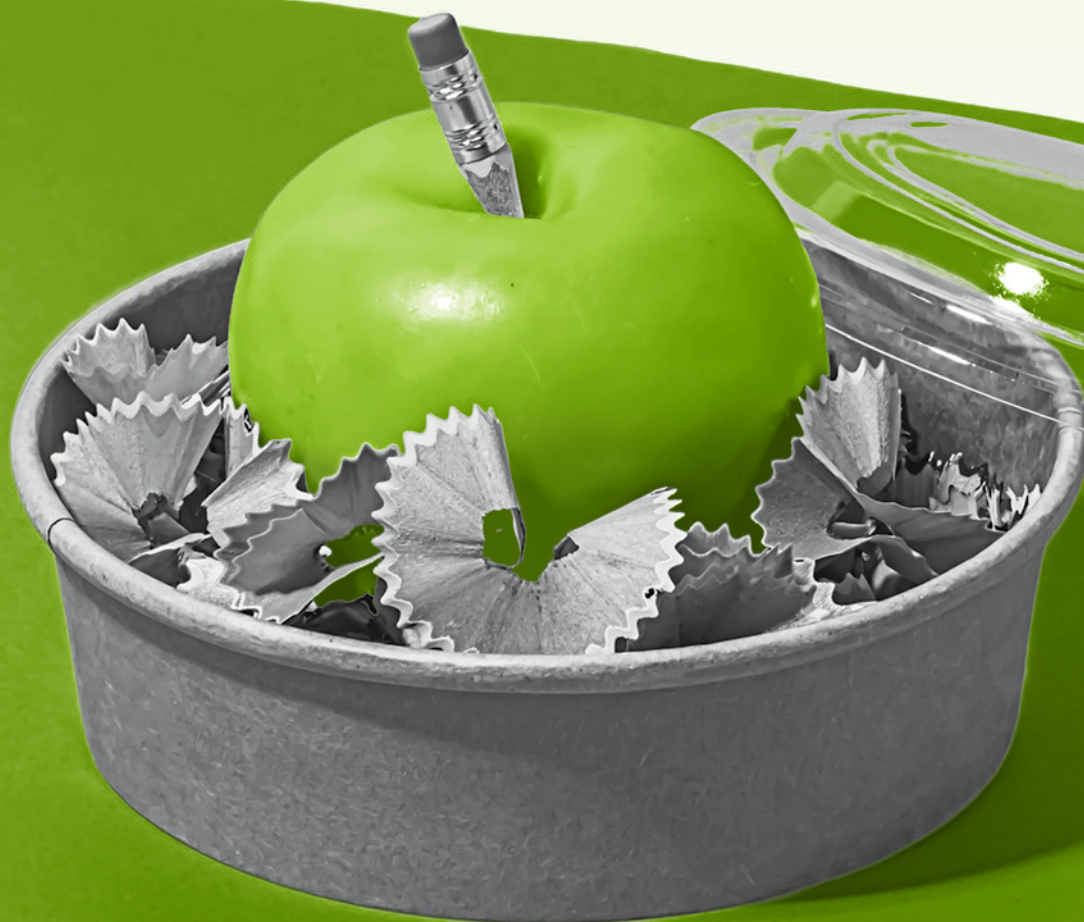
Zeitschrift für Bildung, Erziehung und Wissenschaft

vpod
zürich

Pflichtlektion

vpod Bern lehrberufe

vpod Basel lehrberufe



Bildung für nachhaltige Entwicklung



vpod bildungspolitik 235
Februar 2024

Jeweils kurz nach Erscheinen sind
die vollständigen Hefte auf unserer
Homepage als pdf abrufbar:
vpod.ch/publikationen/bildungspolitik/

Bildung für nachhaltige Entwicklung

04 BNE an Schweizer Schulen

Wie éducation21 unterstützt.

06 Draussen lernen – weil es wirkt!

Wie Silviva Beteiligte an Lehr- und Lernprozessen fördert.

09 Klimaerwärmung und soziale Ungleichheit

Wie hängt die soziale Frage mit der Klimaerwärmung zusammen?

12 Homo destructor

Eine Mensch-Umwelt-Geschichte mit offenem Ausgang.

14 Survival of the Richest

Handeln, bevor es zu spät ist.

19 Jacqueline Büchi

Eine Lehrerin, die draussen unterrichtet und BNE-Themen ernst nimmt.

Film

20 Animal

Eine Reise zu den Ursprüngen der Klimaerwärmung.

Pflichtlektion Zürich

15 – 18 Das Mitgliedermagazin der Sektion Zürich Lehrberufe

- Von Pisa lernen
- Drunter und drüber an der ZHDK
- Mehr Freiheit für Lehrmittel!?
- 10ni-Pause

Intern

23 Präsidentin bleibt an Bord

Yvonne Trepmp wechselt von der Trägerschaft der Zeitschrift in die Redaktion.

24 Kurs halten und neuer Anlauf

Die vpod bildungspolitik erhält neue Statuten und wird weitergeführt.

Aktuell

20 Leserbrief

Zu viel Konkurrenz, Wettbewerb und Zwang an der Schule?

26 Sans-Papiers-Kinder an den Schulen

Der Leitfaden für Schulen und Schulbehörden ist in einer revidierten Neuauflage zugänglich.

27 Sie singt fürs Leben gern

Eine Musiklehrerin berichtet über ihren Arbeitsalltag.

28 ...und Köniz bewegt sich doch!

In einer Volksabstimmung wurde ein Langzeitgymnasium abgeschafft.

Regionen

29 Für Inklusion und Entlastung!

Basler VPOD-Lehrpersonen melden sich zu Wort.

30 Berner Bildungsinitiative

Bildungsqualität in der Verfassung verankern.

Vorgestellt

31 Von der Buch- zur Arbeitsschule

Liselotte Lüscher stellt vor: Georg Kerschenschteiner

Impressum

Redaktion / Koordinationsstelle

Birmensdorferstr. 67
Postfach 8279, 8036 Zürich
Tel: 044 266 52 17
Fax: 044 266 52 53

E-Mail: redaktion@vpod-bildungspolitik.ch

Homepage: www.vpod-bildungspolitik.ch

Herausgeberin: Trägerschaft im Rahmen des Verbands des Personals öffentlicher Dienste VPOD

Einzelabonnement: Fr. 50.– pro Jahr (4 Nummern)

Einzelheft: Fr. 12.50

Kollektivabonnement: Sektion ZH Lehrberufe; Lehrberufsgruppen AG, BL, BE (ohne Biel), LU, SG.

Satz: erfasst auf Macintosh

Layout: Sarah Maria Lang

Titelseite Foto: Addictive Stock / photocase.de

Druck: Ropress, Zürich

ISSN: 1664-5960

Erscheint vier Mal jährlich

Redaktionsschluss Heft 236:

8. April 2024

Auflage Heft 235: 3000 Exemplare

Zahlungen:

PC 80 - 69140 - 0, vpod bildungspolitik, Zürich

Inserate: Gemäss Tarif 2024; die Redaktion kann die Aufnahme eines Inserates ablehnen.

Redaktion

Verantwortlich im Sinne des Presserechts
Johannes Gruber

Redaktionsgruppe

Christine Flitner, Fabio Höhener, Markus Holenstein, Jonas Keller, Ruedi Lambert (Zeichnungen), Thomas Ragni, Lirija Sejdi, Yvonne Trepmp, Susann Wach

Beteiligt an Heft 235

Liselotte Lüscher, Bea Schwager, Klára Sokol, Christian Stocker, Monika Wicki

Der vorliegenden Ausgabe vpod bildungspolitik 235 ist die Unterschriftensammelkarte «Nein zu EFAS – Referendum gegen EFAS» beigelegt.

Wir haben in dieser Zeitschrift regelmässig über Themen im Bereich «Bildung für nachhaltige Entwicklung» (BNE) wie auch über die Klimabewegung berichtet. Besonders erhellend fand ich dabei den Beitrag von Francine Pellaud «Alles tun, um das Schlimmste zu verhindern!» (vgl. vpod bildungspolitik 223, S. 12-14). Die Professorin an der Pädagogischen Hochschule Fribourg plädiert in diesem für eine starke Vision nachhaltiger Entwicklung, die klarstellt, «dass es ohne natürliche Ressourcen – seien es Nahrungsmittel, Wasser, fossile Ressourcen (Metalle, seltene Erden usw.) oder Energie – auch keine soziale oder wirtschaftliche Entwicklung geben kann.»

Bei der Frage der angemessenen politischen wie pädagogischen Haltung grenzt sich Francine Pellaud von «Kollapsolog*innen» und «glückseligen Optimist*innen» ab, die sich innerlich bereits mit der sich abzeichnenden ökologischen Katastrophe abgefunden haben. Während die ersten beginnen, sich praktisch auf das «Survival of the fittest» vorzubereiten, romantisieren die zweiten die Lage zu einer Chance, sich von der Überflusgesellschaft zu verabschieden, zur Natur zurückzukehren und ein solidarisches Miteinander zu finden. Statt solchen realitätsblinden Herangehensweisen anzuhängen, bekennt Francine Pellaud sich selbst zu einem «aufgeklärten Katastrophismus»: den Menschen solle der Ernst der Situation nicht verschwiegen werden, es gehe darum, dass wir uns bewusstwerden, was ein ökologischer Zusammenbruch tatsächlich bedeuten würde. Eine solche Einsicht soll uns helfen, mit aller Kraft dafür zu kämpfen, dass wir gangbare Wege aus der Klimakrise finden.

Das Bewusstsein, Mittel finden zu müssen, die Katastrophe noch abzuwenden, zieht sich auch durch die Bücher, die wir im Schwerpunkt der vorliegenden bildungspolitik 235 rezensieren: Sei es bei Ulrike Herrmann, die vorschlägt, die Weltwirtschaft nach dem Modell der britischen Kriegswirtschaft von

1939 umzugestalten (S. 9-11), bei Werner Bätzing, der Ansatzpunkte für eine nachhaltige Ökonomie bei den Jäger- und Sammlergesellschaften wie auch den egalitären Bauerngesellschaften sieht (S. 12-14) oder Douglas Rushkoff, der von einem Treffen mit fünf Superreichen berichtet, die ihn als Experten einbestellten, um praktische Tipps für den Schutz ihres Reichtums im Moment des kommenden Untergangs zu erhalten – anstatt, dass sie sich mit ihrem Vermögen und ihrem Einfluss dafür engagieren, das Ende noch abzuwenden (S. 14).

Die besprochenen Bücher helfen uns dabei, dass wir uns bewusstwerden, wie die Lage wirklich ist. Bildungsangebote für BNE von Stiftungen wie «education21» (S. 4-5) und «Silviva» (S. 6-8) tragen dazu bei, dass wir und unsere Schülerinnen und Schüler vor den Herausforderungen nicht resignieren, sondern diese angehen. Dafür müssen wir uns, wie Francine Pellaud es vorschlägt, mit ein klein bisschen Phantasie von den jetzigen Verhältnissen zumindest etwas lösen, uns klar werden und gemeinsam aushandeln, in welcher Welt wir leben wollen sowie erste Schritte zu ihrer Gestaltung unternehmen. Soll ein solches Vorhaben wirklich gelingen, braucht es nicht nur kognitive, sondern auch sozio-emotionale Kompetenzen, die alles andere als selbstverständlich sind. Lehrpersonen wie Jacqueline Büchi (S. 19-20) sind die Vorbilder, die Kinder brauchen, um zu begreifen, dass wir uns alle wirklich anstrengen müssen, um die Welt noch zu retten – und um Handlungsmöglichkeiten einzuüben, etwas dazu beizutragen.

Johannes Gruber
vpod bildungspolitik



Bildung für Nachhaltige Entwicklung in Schweizer Schulen

Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE): Drei (Schlag-)Worte, hinter denen sich jeweils eigene und komplexe Konzepte verbergen. Dennoch bildet BNE seit der UNO-Dekade zur Bildung für Nachhaltige Entwicklung, die 2015 zu Ende ging, einen festen Bestandteil der pädagogischen Praxis. Das Ziel von BNE ist es, Kinder und Jugendlichen für ihre Teilnahme an der nachhaltigen Entwicklung zu befähigen. Es geht dabei nicht um das Vermitteln von fixen Verhaltensnormen. Auch geht BNE über das Wissen über Nachhaltigkeit hinaus. Im Fokus des pädagogischen Tuns stehen Kompetenzen wie Visionsorientierung, Wertereflexion, Partizipation, Perspektivenwechsel und Handlungsfähigkeit für nachhaltige Entwicklung. Von Klára Sokol

Mit der Erkenntnis, dass bei der Umsetzung von Nachhaltigkeitsagenden der Bildung eine besondere Rolle zukommen sollte, wurde BNE in der Schweiz in alle sprachregionalen Lehrpläne der obligatorischen Schule sowie zunehmend auch auf der Sekundarstufe II integriert. Wenn auch im jeweiligen sprachregionalen Lehrplan unterschiedlich verortet und definiert, gehört BNE zum öffentlichen Auftrag aller Lehrpersonen und Schulleitungen. Dieser wurde in den letzten Jahren über internationale Verpflichtungen, wie z.B. die Nachhaltigkeitsziele der UNO, oder nationale Ziele, wie den Nachhaltigkeitsstrategien des Bundesrates

oder einzelner Kantone, weiter bekräftigt. Die pädagogische Arbeit orientiert sich an den Nachhaltigkeitsagenden, sie geben den Rahmen vor. Was in den Dokumenten als explizit und stringent erscheint, kann sich als eine Knacknuss für die pädagogische Praxis erweisen. Und dies hat mit den drei anfangs erwähnten Schlüsselbegriffen zu tun: Bildung, Nachhaltigkeit, Entwicklung. Um die Herausforderungen nachzuvollziehen, sollen diese Begriffe näher beleuchtet werden.

Nachhaltigkeit ist Definitionssache
Was Nachhaltigkeit bedeutet, ist nicht abschliessend und allgemein gültig ge-

klärt. Abhängig von wissenschaftlichen Erkenntnissen wandelt sich die Definition konstant und schnell. Die Definition der Nachhaltigkeit muss festhalten, wie sich die drei Dimensionen der Umwelt, der Gesellschaft und der Wirtschaft zueinander verhalten. Und das ist alles andere als eindeutig. So stehen sich heute die sogenannte «schwache» und «starke» Nachhaltigkeit gegenüber, die jeweils vollkommen andere Konsequenzen nach sich ziehen. Und dabei handelt es sich nur um die zwei bekanntesten und in der wissenschaftlichen sowie öffentlichen Diskussion am meisten referenzierten Modelle.

Nachhaltige Entwicklung wird ausgehandelt

Politische Akteurinnen und Akteure übersetzen das gewählte Nachhaltigkeitsvorhaben in eine Agenda der Nachhaltigen Entwicklung. Dabei werden die Spannungsfelder der einzelnen Dimensionen und die Zielkonflikte einzelner Vorhaben mittransportiert und in die gesellschaftliche Diskussion eingebracht. Die Kontroversität gehört zur Nachhaltigkeitsdiskussion dazu und gestaltet sich in einer heterogenen und zugleich liberalen Gesellschaft immer anspruchsvoll. Das bedeutet auch, dass diese Diskussion niemals ganz abgeschlossen sein wird. Nachhaltige Entwicklung wird also ausgehandelt und entsteht aus einer dynamischen Wechselwirkung und Interaktion mit der Umwelt, sowohl auf individueller wie gesamtgesellschaftlicher Ebene. So betrachtet lässt sich eine Entwicklung wohl weniger stark steuern, als man das gemeinhin glaubt, da sie von vielen Faktoren beeinflusst wird. Und ob eine Entwicklung als nachhaltig einzustufen ist, hängt vom jeweiligen spezifischen Kontext ab.

Hinsichtlich der Kombination von Nachhaltiger Entwicklung und Bildung kann der Ansatz als Basis dienen, dass mittels Lernen Verhaltensmöglichkeiten erkannt, entwickelt und hinterfragt werden.

Partizipative Methoden und kontroverse Debatten in der Bildung

Dieser Ausgangslage ist in der Bildung über die pädagogische, didaktische, methodische Herangehensweise entsprechend Rechnung zu tragen. Als zentrale Referenz fungieren die 17 Nachhaltigkeitsziele der UNO. Kombiniert mit den Lehrplänen bietet die Agenda 2030 den Lehrpersonen einen klaren Wertefokus und eine gemeinsame Sprache. Begriffe wie Gerechtigkeit, Menschenrechte, Solidarität, Partizipation und Demokratie sind in diesen Zielen integriert. In der pädagogischen Arbeit geht es nun darum, basierend auf dieser Sachebene spezifische Kompetenzen zu erlernen, um Nachhaltige Entwicklung zu verstehen und schliesslich beurteilen zu können, wie sich jeweiliges Handeln auswirkt.

Um diese relevanten Kompetenzen herauszubilden und zu stärken, kommen spezifische pädagogische Prinzipien und didaktische Mittel zum Einsatz. Ausgehend vom Wissen über ein Thema und von der Nachhaltigkeit als Werteorientierung setzen Lehrpersonen entdeckendes Lernen, partizipative Methoden, kontroverse Debatten, In-

Rollenspiele, System Thinking etc. ein. Bei allen Vorhaben müssen die Vorgaben des Beutelsbacher Konsens eingehalten werden: freie Meinungsbildung für Lernende, Gebot zu Kontroversität bei kontrovers diskutierten Themen und Orientierung an der Erfahrungswelt der Lernenden.

Dies betrifft jedoch nicht nur den Unterricht, sondern zunehmend auch ganze Schulen. Denn was im Unterricht gelernt wird, muss auch (vor-)gelebt werden. Wenn Biodiversität im schuleigenen Garten, der von den Kindern gemeinsam mit dem lokalen Gärtnereiunternehmen angelegt wird, gelernt wird, werden nicht nur alle Sinne aktiviert, sondern die Kinder werden zu aktiv Handelnden und Verantwortung Tragenden.

Vielfältiges Angebot von éducation21

Die Umsetzung von Bildung für Nachhaltige Entwicklung fordert heraus, bietet aber auch viele Chancen für spannende Unterrichtseinheiten und Schulaktionen. éducation21 ist sich dem bewusst und unterstützt die Schulen entsprechend. So bereitet éducation21 jeweils mit einem Experten, einer Expertin das aktuelle Wissen zu einem Nachhaltigkeitsthema auf. Ob Klimawandel, Kreislaufwirtschaft oder Kinderrechte: Unter den jeweiligen Themen finden Lehrpersonen das, was sie für ihren Unterricht wissen müssen. Zu jedem Thema stellt éducation21 für den jeweiligen Zyklus passende Unterrichtsmaterialien zusammen, prüft und empfiehlt Angebote ausser schulischer Akteure, schlägt Umsetzungsbeispiele vor und bereitet didaktisierte Filme auf. Zum Zweck der Schulentwicklung bietet éducation21 Weiterbildungen, Beratung und finanzielle Unterstützung für BNE-Projekte an. Alle Angebote liegen in drei Sprachen, jeweils angepasst an den jeweiligen Lehrplan und gleichzeitig national kohärent vor.

Hierfür arbeitet éducation21 sehr eng mit zahlreichen Bildungsakteurinnen und Bildungsakteuren aus der ganzen Schweiz zusammen. Die Nachhaltigkeitsexpertise wird, wie oben erwähnt, von Universitäten oder Fachstellen geliefert. Für die Bildungsdimension arbeitet éducation21 mit den pädagogischen Hochschulen zusammen, indem gemeinsam innovative Instrumente für die Praxis erstellt werden. Darüber hinaus wird der BNE-Diskurs gepflegt und der Einfluss auf die allgemeine Didaktik und die Fachdidaktiken in Veranstaltungen und wissenschaftlichen Artikeln reflektiert. Dadurch entwickeln sich gleichermassen die Theorie und Praxis weiter und fliessen in die Aus- und Weiterbildungen von Lehrpersonen ein.

Eng kooperiert éducation21 auch mit ausser schulischen Akteuren, die den Schulen ermöglichen, in die Welt ausserhalb der Schule zu treten und an und in ihr zu lernen. In



gemeinsamen Projekten zwischen den ausser schulischen Akteuren und éducation21 werden, ähnlich wie mit den pädagogischen Hochschulen, Unterrichtsangebote erarbeitet und schweizweit disseminiert.

Engagement wird politisch getragen

Der Bundesrat hat in seinem Bericht vom 16. Juni 2023 die bestehende BNE-Praxis analysiert. Er anerkennt darin das Erreichte und bekennt sich explizit dazu, in der gewählten Stossrichtung fortzufahren. Bund und Kantone schliessen sich dem an, indem sie im Oktober 2023 BNE als eines der gemeinsamen bildungspolitischen Ziele der nächsten Jahre nennen. Die Grundlagen sind also gelegt, werden politisch getragen und in den Bildungsverwaltungen und pädagogischen Hochschulen umgesetzt.

Vorausblickend kann man sagen, dass BNE vermehrt auch Einzug hält in die (Rahmen-)Lehrpläne und Bildungspläne der Sekundarstufe II. Eine spezielle Herausforderung, aber auch sehr konkrete Anwendungsmöglichkeiten bietet BNE zudem in der beruflichen Grundbildung, in der auch das Umfeld der Lernenden im Lehrbetrieb mitgedacht werden muss. Schliesslich ist das Feedback der Zielgruppen für éducation21 sehr wichtig, um den Praxisbezug der Angebote sicherzustellen.

Auf dieser Grundlage wird sich éducation21 weiterhin engagieren und Lehrpersonen und Schulleitungen in der Praxis unterstützen. Dabei achtet éducation21 auf einen multidisziplinären und multiperspektivischen sowie fakten- und wissenschaftsbasierten Ansatz und stellt sicher, dass Lehrpersonen und Schulleitungen durch lehrplanreferenzierte Dienstleistungen und Produkte einen unideologischen und demokratischen Rahmen erhalten, um kontrovers diskutierte Themen im Bereich BNE zu behandeln. ■

Klára Sokol ist Direktorin von éducation21.



Draussen lernen – weil es wirkt!

Draussenlernen trägt zur Ausbildung von Nachhaltigkeitskompetenz bei, es schafft erwiesenermassen Räume, um sowohl fachliche als auch überfachliche Lehrplankompetenzen wirksam zu fördern. Eine Verankerung im Bildungssystem gelingt, wenn Draussenlernen als Unterstützung für die Akteure in ihrer täglichen Arbeit umgesetzt und nicht als eine weitere Zusatzaufgabe der Schule verstanden wird. So hat Draussenlernen das Potential, Bildungspraxis und -system auf allen Ebenen positiv zu beeinflussen. Die Stiftung SILVIVA unterstützt Beteiligte an Lehr- und Lernprozessen, Ownership zu übernehmen und Draussenlernen als selbstverständlich in ihre Arbeit zu integrieren.

Von Christian Stocker

«Womit lässt sich ein Feuer ganz rasch entzünden?» Die Schülerinnen und Schüler (SuS) der 4. und 5. Klasse in Gland müssen während ihres Unterrichts im Freien an einem sonnigen Märznachmittag Hypothesen aufstellen und überprüfen.

Nachdem die Kinder versteckte Beutel mit verschiedenen Materialien zum Verbrennen gefunden haben, teilen sie sich in Gruppen auf und betreiben Wissenschaft: Es gilt, Hypothesen darüber aufzustellen, wie leicht sich Materialien entzünden lassen und wie lange sie brennen werden. Konzentrations-

schwierigkeiten von Einzelnen weichen bald einem Fokus auf das Experiment. Nacheinander dürfen die Kinder ein Material anzünden. Dabei überprüfen sie gemeinsam die Hypothesen. Der Feueranzünder, der am Schluss des Experiments zum Einsatz kommt, sorgt für derart grosse Begeisterung, dass an die wichtigen Sicherheitsregeln erinnert werden muss. Schliesslich stellen die Lehrpersonen noch den Bezug zum Feuer in der Urzeit her, denn dieses Thema soll später vertieft werden.

Welt verstehen lernen

Wenn wir einen Blick auf die heutige Gesellschaft werfen, dann sehen wir uns mit verschiedenen Herausforderungen konfrontiert: Klima- und Biodiversitätskrise, Demokratie in Zeiten von Digitalität, Inklusion und Diversität, soziale, physische und psychische Gesundheit. Damit wir diese Herausforderungen meistern können, brauchen wir resiliente, kreative und mündige Menschen, die mit der zunehmenden Komplexität der Welt umgehen können und entsprechende Lernprozesse kompetent beherrschen.



Kinder haben ein Recht auf bestmögliche Potentialentwicklung, auf vielfältige Möglichkeiten der Welterfahrung und -erkundung, das heisst auf gelingendes Weltverständnis. Sie haben ein Recht auf bestmögliche Lernprozesse, Selbstwirksamkeitserfahrung, soziales Lernen. Lernen in und mit der Natur kann hier einen wichtigen Beitrag leisten. Es unterstützt insbesondere Kinder und Jugendliche (übrigens auch Erwachsene) wirkungsvoll dabei, ihr Potential zu entfalten und zu nachhaltigkeitskompetenten Menschen zu reifen.

Nicht immer, aber immer wieder

Draussenlernen ist kein Patentrezept, das alle Probleme der Schule lösen wird. Es ist eines von vielen sinnvollen, wirksamen Mitteln, um Lehrpersonen und Teams in ihrer täglichen Arbeit zu unterstützen. Es geht nicht darum, der Schule nochmals eine Aufgabe aufzubürden, sondern darum, ihr das Kerngeschäft, nämlich Unterrichten bzw. Lernen, qualitativ hochstehend zu ermöglichen. Unter Draussenunterricht verstehen wir:

- lehrplanbasierte Lehr- und Lernaktivitäten ausserhalb des Klassenzimmers, aber in der Schulzeit
- setting-sensitives, problembasiertes, erlebnisorientiertes Lernen
- schülerinnenzentriertes, lehrpersonengeleitetes Lernen
- regelmässige Aktivitäten auf wöchentlicher oder zweiwöchentlicher Basis.

Draussen lernen wirkt!

Draussenlernen hat positive Effekte auf den Lernerfolg, auf die körperliche und psychische Gesundheit der Lernenden und auf ein nachhaltiges Engagement. Die Forschung dazu wird immer besser und die Ergebnisse immer eindeutiger.¹ Eine Übersicht:

Erfahrungen in der realen Welt motivieren

Draussen, in echten Situationen, ist das Lernen bereichernd, sinnvoll und auf die Lernenden zentriert. Die direkte Erfahrung ist relevant, die Motivation zum Lernen ist grösser. Vielfältige Lernräume werden den unterschiedlichen Bedürfnissen der SuS gerecht und passen zu den zunehmend diversen Klassen von heute.

Gestärkte soziale Interaktion fördert Beziehungen und Vertrauen

Lernende haben draussen mehr Möglichkeiten prosoziales Verhalten, Konfliktlösung und Vertrauen in andere (sowohl Klassenkamerad*innen als auch Lehrpersonen) zu üben. Die Kinder arbeiten im Freien weniger individuell und somit wird der soziale Austausch gefördert.

Draussen lernen stärkt Selbstwertgefühl und Resilienz

Ausserhalb des Klassenzimmers lernen die Kinder vermehrt entdeckungs- und handlungsorientiert. Diese Erfahrungen helfen, eine ganze Reihe von Kompetenzen zu entwickeln und zu fördern: intrinsische Motivation, Konzentration, Lernbereitschaft, Selbstwahrnehmung, Selbstwertgefühl und Selbstvertrauen, Selbstwirksamkeit, Resilienz und Selbstregulation.

Schulische Leistungen verbessern sich

Draussen lernen bringt messbaren Lernerfolg: bessere Noten und höhere standardisierte Testergebnisse. Insbesondere kann man ein besseres Erinnern der Lerninhalte, eine höhere Sprachkompetenz (Schreiben, Lesen, Sprechen, Wortschatz), kompetenteres Lösen von komplexen Aufgaben feststellen.

Mehr Bewegung fördert die Gesundheit

Aufenthalte im Freien verbessern die körperliche und mentale Gesundheit. An der frischen Luft, mit Tageslicht, gibt es viele Möglichkeiten, sich zu bewegen und die Grob- und Feinmotorik zu schulen. So wird Übergewicht, Allergien, Kurzsichtigkeit und Herz-Kreislauferkrankungen vorgebeugt, emotionale Probleme und Verhaltensprobleme werden reduziert.

Eine Verbindung zur Mitwelt schaffen

Die Kinder lernen ihre unmittelbare Umgebung kennen, bauen eine Verbindung zur Natur auf und entwickeln ein Gefühl von Zugehörigkeit. Mit einer konstruktiven Auseinandersetzung mit den aktuellen Fragen der Naturzerstörung führt das zu einem erhöhten Umweltbewusstsein und zu nachhaltigerem Handeln.

Schlussfolgerungen aus internationaler Praxis und Forschung

In nordischen Ländern ist Draussenlernen bereits seit Jahrzehnten etabliert und evaluiert. Die Ergebnisse der begleitenden Forschung zeigen auf, dass Förderung von

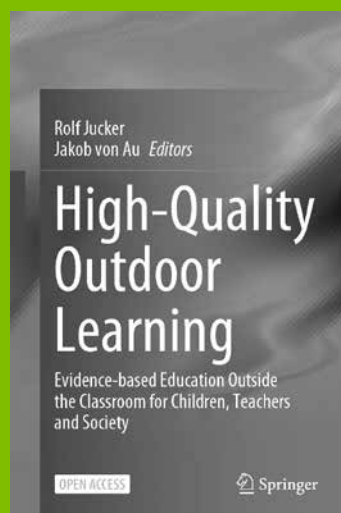
Aktuelle Forschung zu Draussenlernen

Zwei Bände der Stiftung SILVIVA versammeln die wichtigsten Forschungsergebnisse und Argumente, warum Draussenlernen ein zentrales Element einer zukunftsfähigen Bildung sein soll.

Die beiden Bände sind bis auf wenige Artikel völlig unterschiedlich, da die Forschungstraditionen im internationalen und deutschsprachigen Raum sehr verschieden sind.

Die beste internationale Forschung auf einen Blick

Der englische Band «High Quality Outdoor Learning: Evidence-based Education Outside the Classroom for Children, Teachers and Society» hat den Anspruch, ein Best-of der internationalen Forschungsergebnisse zu Draussenlernen zu sein.



Einzigartiges, breites Argumentarium

Der deutsche Band «Draussenlernen. Neue Forschungsergebnisse und Praxisblicke für eine Bildung für nachhaltige Entwicklung» bildet in seiner Fülle die Breite und Vielfalt der Praxis ab.



Draussenlernen gleichzeitig Förderung von guter Bildung bedeutet. Zahlreiche Erfolgsfaktoren für ein Gelingen des Draussenlernens wurden herausgearbeitet, die einer guten Bildungspolitik als Empfehlungen dienen können. Zur Förderung des Lernerfolgs der SuS braucht es:

1. Eine Kultur, die Lernen wertschätzt, und den Schulen individuell Verantwortung übergibt.
2. Evidenzbasierte und datengestützte Massnahmen und Projekte, die Feedback- und Lernschlaufen enthalten.
3. Schulnetzwerke, die kollaboratives professionelles Lernen fördern.
4. Regionale Unterstützungsteams und Begleitpersonen, finanzierte Weiterbildungen sowie das Teilen von Daten und Materialien unter den Beteiligten.
5. Unterstützung von Schulleitung und Eltern. Diese ist entscheidend, insbesondere zeitlich und finanziell.
6. Tandem- oder Peer-to-Peer-Arrangements, die die Kompetenzen für Draussenunterricht im Lehrpersonenteam fördern.
7. Ausgebildete Naturpädagog*innen, die Schulen beraten und ihnen auf dem Weg zu einer Verankerung von Draussenunterricht im Alltag helfen.
8. Den Ausbau von Fähigkeiten und Kompetenzen. Denn der Lernerfolg wird am stärksten durch die Qualität des Unterrichts beeinflusst, gefolgt von der Führungsqualität der Schulleitung.
9. Eine kritische Masse von veränderungsbereiten Schulleitungen und Lehrpersonen.
10. Einen Fokus auf Lernziele, der im gesamten Lehrpersonenkollegium die Reflexion über qualitativ hochstehendes Lernen anregt. Solche Diskussionen um Unterrichts-, Schul- und Qualitätsentwicklung können dem Team helfen, kooperativer zu arbeiten, mehr Teamteaching zu machen und zu einem geteilten Verständnis der pädagogischen Ziele zu kommen.
11. Die Integration des Draussenlernens in die Lehrpersonenausbildung und -weiterbildung. Dies ist zentral für den langfristigen Erfolg dieses Lernansatzes.

Unterstützung auf verschiedenen Ebenen

Um das Draussenlernen als Bildungspraxis zu fördern, hat SILVIVA eine Reihe von Unterstützungsangeboten entwickelt.

Handbuch: Hilfe zur Selbsthilfe

Begonnen hat die Draussenunterrichtsgeschichte bei SILVIVA mit der Idee, dass die Natur nicht bloss Inhalt oder gar Kulisse, sondern ein wichtiges Mittel sein soll, um die fachspezifischen und fächerübergreifenden Unterrichtsziele zu erfüllen. Das «Handbuch: Draussen unterrichten» bietet eine

Sammlung von konkreten Unterrichtsideen in der Natur, und zwar für alle Fachbereiche im 1. und 2. Zyklus der Volksschule.

Weiterbildungen: Draussen unterrichten ist lernbar!

Schon bald darauf wurden auch Weiterbildungen dazu angeboten. Mittlerweile finden Kurse an vielen PHs in der ganzen Schweiz statt, es können schulinterne Weiterbildungen gebucht werden oder Lehrpersonen können an Netzwerktreffen und Onlineaustauschen teilnehmen.

Austauschplattform

Die bereits vorhandene Erfahrung in der Schulpraxis und bei ausserschulischen Anbietern sammeln und teilen wir auf der Plattform www.draussenunterrichten.ch – ein «HUB» für Angebote und Austausch rund um das Lernen in und mit der Natur. Von Unterrichtssequenzen über Hintergrundinformationen, Videoanleitungen bis zu Tagungen und Hospitationsmöglichkeiten findet sich hier Material für den Draussenunterricht. Jede und jeder kann eigene Ideen teilen.

Kartenset: Unterstützung bei der Schulentwicklung auf dem Weg nach draussen

Ab 2018 arbeitete SILVIVA mit Pilotschulen, die sich entschlossen hatten, den Draussenunterricht in ihren Schulalltag zu integrieren. Aus dieser Begleitung ist ein Starter-Kit in Form eines Kartensets entstanden, das beschreibt, wie sich eine ganze Schule auf dem Weg zur Draussenschule weiter entwickeln kann.

Jeder Entwicklungsprozess verläuft unterschiedlich. Das Kartenset ermöglicht es, den Prozess den Bedürfnissen des Lehrpersonenteams anzupassen. Für alle Schritte wird eine Vielfalt von Ideen vorgeschlagen. So können sich die Teams selbständig oder begleitet auf den Weg nach draussen machen.



Draussenlernen wird weiterentwickelt – wer macht mit?

Aufgrund der internationalen Erfahrungen, der Forschung und Praxis in der Schweiz entwickelt SILVIVA Draussenlernen laufend weiter. Ein Schwerpunkt liegt darauf, vermehrt Hospitationen möglich zu machen, individuell oder als Schulteams. Verstärkt werden Schulteams oder ganze

Schulgemeinden bei der Umsetzung von Draussenlernen in ihrem jeweiligen Umfeld längerfristig gecoacht.

Um Draussenlernen auf allen Ebenen des Bildungssystems zu verankern, kooperiert SILVIVA mit unterschiedlichen Partner*innen. Denn systemische Verankerung von Draussenlernen im Schweizer Bildungssystem gelingt nur, wenn wichtige Akteure auf allen Ebenen selber dessen Wert erkennen und Lernen ausserhalb des Klassenzimmers umsetzen wollen. Falls bei Ihnen der Funke übersprungen ist, nehmen Sie gerne mit uns Kontakt auf. ■

¹ Die wissenschaftlichen Grundlagen sind in den zwei im Kasten auf Seite 7 aufgeführten Forschungsbänden zusammengetragen. Eine Übersicht findet sich hier: <https://www.silviva.ch/draussen-lernen/weil-es-wirkt/>

Christian Stocker ist Projekt- und Kursleiter bei SILVIVA.

SILVIVA

Stiftung | Fondation | Fondazione

«Lernen mit der Natur» ist zukunftsfähiges Lernen und fördert das Verständnis für die Beziehung Mensch – Natur. Als dreisprachiges Kompetenzzentrum befähigt SILVIVA seit 1985 Bildungsanbieter*innen, Natur und Lernen evidenzbasiert und wirksam zu verknüpfen – strategisch, methodisch und konzeptionell; analog sowie digital. Innovative Projekte wie «Försterwelt», «Draussen unterrichten» oder der «CAS Naturbezogene Umweltbildung» verankern qualitativ hochwertiges Lehren und Lernen in der Praxis. SILVIVA ist international gut vernetzt und anerkannt. National ist die Stiftung offizielle Partnerin des BAFU mit schweizweitem Auftrag in Umweltbildung. Das SILVIVA-Team schafft Zugänge zu Fachwissen, vernetzt und fördert den langfristigen Kompetenzaufbau – für eine nachhaltige Schweiz.

www.silviva.ch



Wie hängt die soziale Frage mit der Klimaerwärmung zusammen?

Überlegungen zum Zusammenhang von Klimaerwärmung und sozialer Ungleichheit

Die Klimaziele wie z.B. das 1.5-Grad-Beschränkungsziel der globalen Erderwärmung des Pariser UN-Klimaabkommens 2015 sind wohl nicht zu erreichen, wenn der durchschnittliche Lebensstandard in den Ländern des Globalen Südens an den des reichen Nordens angeglichen wird. Müssen wir soziale Ungleichheit in Kauf nehmen, um die Erde zu retten oder braucht es dafür gerade deren Überwindung?

Von Thomas Ragni

Es ist zum Haare raufen. Auch 2023 wird der weltweite CO₂-Ausstoss einen Rekordwert realisieren,¹ und es wird höchstwahrscheinlich – gemäss Copernicus Climate Change Service – global auch das wärmste Jahr seit Aufzeichnungsbeginn der Temperaturdaten 1850.

Dass der Kapitalismus in sich die «DNA» der Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen trage, die ihre Wirkung auch unabhängig von der ebenso kapitalistisch erzeugten Ungleichheit zwischen den Weltregionen und innerhalb der Länder entfalte, behauptet z.B. Nancy Fraser. Ihr zufolge verstärken sich die parallel entfaltende ökologische und soziale Ausbeutung im Kapitalismus gegenseitig, sodass sie zu

einer «epochalen Krise» kulminieren können: «Das Ergebnis ist ein Geflecht aus Superprofiten und vielfachem Elend, in dem sich das Ökologische mit dem Sozialen verschränkt.»² Wie genau die kapitalistisch erzeugte Ungleichheit die Naturzerstörung vorantreibt, bleibt aber im Dunkeln.

Ganz unspezifisch behauptet Sabin Bieri vom Centre for Development and Environment der Universität Bern³, zunehmende soziale Ungleichheit sei die Hauptursache für das Scheitern der internationalen Staatengemeinschaft, die Massnahmen umzusetzen, die nötig wären, um eine global nachhaltige Wirtschaftsentwicklung einzuleiten, «weil der soziale Zusammenhalt dadurch bröckelt. Und weil die Machtverhältnisse auch in de-

mokratischen Staaten tendenziell von denen gesteuert werden, die privilegiert sind.» Selbst wenn akzeptiert wird, dass das Bröckeln des sozialen Zusammenhalts stets mit steigender sozialer Ungleichheit einhergeht⁴, müsste zunächst einmal der Mechanismus von der Ungleichheit zur Umweltzerstörung identifiziert und dann auch empirisch nachgewiesen werden, dass zunehmende Ungleichheit wirklich ein zusätzlicher Treiber – oder sogar der Haupttreiber – einer nicht-nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung ist (die nicht nur die Klimaerwärmung, sondern auch die Ressourcenverschwendung, die Zerstörung der Artenvielfalt, die weltweite Bodenerosion, die Vergiftung und Leerfischung der Meere, etc. umfasst).

Nancy Fraser.

Der Allesfresser. Wie der Kapitalismus seine eigenen Grundlagen verschlingt. Suhrkamp, Berlin 2023. 282 Seiten, circa Fr. 30.–

Ulrike Herrmann.

Das Ende des Kapitalismus. Warum Wachstum und Klimaschutz nicht vereinbar sind. Kiepenheuer & Witsch, Köln 2023. 352 Seiten, circa Fr. 38.–



Staatliche Handlungszwänge

Ich versuche nachfolgend, mögliche Mechanismen zu beschreiben, die von zunehmender Ungleichheit zur voranschreitenden Umweltzerstörung bzw. spezifisch zur Klimaerwärmung führen: Die plausible Ausgangsvermutung ist, dass die Klimaziele – z.B. das 1,5 Grad-Beschränkungsziel der globalen Erderwärmung des Pariser UN-Klimaabkommens 2015 – auch deshalb so schwer oder gar nicht zu erreichen ist, weil steigende soziale Ungleichheit und weltweit sich ausbreitende Armut jede zusätzliche Belastung für den Umbau hin zu einer «Green Economy» den politischen Widerstand umso stärker werden lässt. Wer jeden Tag hart darum kämpfen muss und trotzdem keinen Tag weiss, ob seine Familie bis am Abend genug zu essen hat und an sauberes Wasser kommt, wird jede Verteuerung von Waren zur Befriedigung der Existenzbedürfnisse ablehnen und nach Kräften bekämpfen. Was in (nicht allzu?) ferner Zukunft sein wird, ist ihm / ihr zwar nicht einfach egal («Après nous le déluge!»), aber er / sie kann es sich im täglichen Überlebenskampf einfach nicht leisten, sich auch darum noch einen Kopf zu machen. Das wissen Regierungen von Ländern mit einem grossen armen Bevölkerungsteil sehr genau, die deshalb einen beliebig grossen Anteil ihrer mageren Deviseneinnahmen in möglichst «billig» einzukaufende Importe für Grundnahrungsmittel und Energieträger stecken (z.B. Ägypten, Indien) – ganz egal, ob diese ökologisch nachhaltig erzeugt worden sind oder nicht (z.B. Mais und Soja aus gerodeten Urwaldgebieten, Baumwolle und Reis aus Regionen, die immer mehr verwüsten und versalzen, Fische aus Schleppnetzfisherei, Erdöl, das mittels Fracking gewonnen wurde etc.). Und um an genügend Devisen ranzukommen, werden sie, damit sie auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig sind, ihre eigenen Exportprodukte möglichst «billig» zu

erzeugen versuchen – egal ob sie ökologisch nachhaltig erzeugt worden sind oder nicht.

Je ärmer ein Land ist, desto unwahrscheinlicher ist es, dass es sich an irgendwelche «Umweltstandards» hält, die die Produktion nur «künstlich» verteuern würden. Ihr Überlebensmodus funktioniert heute nur, wenn sie auf Kosten der Natur produzieren und konsumieren. Was morgen sein wird, kann sie nicht interessieren, weil sie ohne Zerstörung der Naturgrundlagen schon heute nicht mehr überleben könnten, jedoch mit der Zerstörung der Naturgrundlagen wenigstens noch heute zu überleben vermögen. Weil den scheinbar naturgegebenen Gesetzen der Weltmarktkonkurrenz nicht zu enttrinnen ist, ist diese «gegenwartszentrierte Existenzweise» für die Armuts- und Elendsregionen der Erde – die mit wenigen Ausnahmen schon im Kolonialismus entstanden sind – zum alternativen Überlebensmodus geworden.

Misstrauen gegenüber Staat

Der Zusammenhang zwischen steigender globaler Ungleichheit und zunehmender Unwahrscheinlichkeit einer gelingenden Klimapolitik kann auch plausibel gemacht werden, ohne den Fokus allein auf die armen und ärmsten Länder und Regionen dieser Welt zu richten: Wenn etwa zwischen den Weltregionen und innerhalb der Länder die soziale Ungleichheit weiter ansteigt, wird es einen umso lautereren Aufschrei und stärkeren politischen Widerstand erzeugen, wenn «künstliche» Preiserhöhungen auf solche Waren durchgesetzt werden sollen, die die Emission umweltschädlicher Treibhausgase verursachen (z.B. auf Heizöl, Benzin). «Künstlich» meint hier, dass die Preissteigerungen nicht durch die «naturwüchsigen» Marktkräfte verursacht, sondern vom Staat absichtlich mittels handelbarer Verschmutzungsrechte (z.B. CO₂-Emissionszertifikate) oder mittels «Lenkungssteuern» oder «-abgaben» herbeigeführt werden.

Sicher, jede «Lenkungssteuer» könnte sozial verträglich ausgestaltet werden, indem die daraus geschöpften Mehreinnahmen in Steuerentlastungen für kleine Einkommen, in ein staatliches Grundeinkommen, in die Subventionierung klimafreundlicher Waren und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs (z.B. in die Verbilligung der Kitas oder des öffentlichen Verkehrs) etc. fliessen.

Doch solche politischen Versprechen verfangen meist nicht. Dafür ist neben den sehr finanzkräftigen Kampagnen der Beharrungskräfte bei Abstimmungen und Wahlen insbesondere das wachsende diffuse Misstrauen gegenüber dem Staat verantwortlich. Befürchtet wird gemeinhin, dass dieser die zusätzlichen Mittel «zweckentfremdet» einsetzen wird – entweder absichtlich (z.B. «weil» jetzt die massive militärische Aufrüstung «ganz überraschend» oberste Priorität erhalten hat) oder unfreiwillig (aufgrund der intransparenten Lobby-Einflüsse, die sich den Staat zur Beute machen) oder aufgrund von Korruption oder purer Inkompetenz. Dieser Verdacht eines «Staatsversagens» ist vielleicht auch objektiv nicht immer ganz unbegründet, aber er wird durch die Beharrungskräfte auch systematisch geschürt, sonst wäre der steigende Einfluss des staats- und demokratiefeindlichen Rechtspopulismus in Westeuropa und Nordamerika nicht erklärbar. Der Glaube an und die Hoffnung auf eine/n autoritäre/n Führer/in, der/die endlich das Heil bringen wird, wächst überall scheinbar unaufhörlich.

Verstärkung der Emissionen durch Ungleichheitszunahme?

Wenn es also wirklich so wäre, wie Sabin Bieri behauptet, dass zunehmende soziale Ungleichheit die Haupttreiberin einer misslingenden Klimaschutzpolitik und allgemein des Scheiterns einer nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung wäre, und wenn es der längst weltweit durchgesetzte Kapitalismus wäre, der zwischen den Weltregionen, aber auch innerhalb der Länder unausweichlich die soziale Ungleichheit immer weiter vorantreibt, dann müsste man zum Schluss gelangen, dass letztlich die Wirtschaftsweise des kapitalistischen (Welt-) Systems die Hauptursache der Zerstörung unserer Lebensgrundlagen ist. Doch so klar und eindeutig ist die Wirkungskette keineswegs, die von der kapitalistischen Systemökonomie zur steigenden globalen Ungleichheit zum Scheitern einer nachhaltigen Wirtschaftsweise führt (und spezifisch: zum Scheitern einer wirkungsvollen Klimapolitik).

- Erstens muss die Entfaltung der kapitalistischen Entwicklungslogik nicht zwangsweise zu immer mehr Ungleichheit führen. Thomas Piketty hat z.B. nachgewiesen, dass die weltweite soziale Ungleichheit zumindest in den Kernländern des reichen Westens seit

der Katastrophe des 1. Weltkriegs markant gesunken ist und erst seit der neoliberalen Wende seit den 80er Jahren des 20. Jahrhunderts – also ungefähr seit dem Wegfall der «Systemkonkurrenz» der kapitalistischen Welt mit dem «kommunistischen» Ostblock – wieder spürbar angestiegen ist, ohne aber bis in die Gegenwart wieder die Ungleichheitsausmasse wie vor dem 1. Weltkrieg zu erreichen.⁵

• Zweitens: Selbst wenn es richtig wäre, dass der Kapitalismus eindeutig immer mehr soziale Ungleichheit verursachte, heisst dies noch nicht zwingend, dass die kapitalistisch bewirkte Zunahme der Ungleichheit die Klimaerwärmung (und allgemein die Umweltzerstörung) weiter vorantreiben muss.

Der im nachfolgenden Zitat erwähnte statistische Zusammenhang ist kein Beleg für die Behauptung, grössere (bzw. steigende) Ungleichheit bewirke – nebst anderen Faktoren – eine weitere Klimaerwärmung (oder spezifisch: eine weiter steigende Pro-Kopf-CO₂-Emission): «Etwa die Hälfte der globalen Emissionen wird von den reichsten 10% der globalen Einkommensverteilung verursacht, während die untere Hälfte nur 10% ausstösst.»⁶ Denn dies ist zwar ein empirisch «hart» belegbarer Zusammenhang, der aber nichts darüber auszusagen vermag, ob steigende Ungleichheit ein Wirkfaktor für den steigenden Pro-Kopf-CO₂-Ausstoss ist. Auch wenn der statistische Zusammenhang zwischen Einkommenshöhe und Pro-Kopf-CO₂-Emission «hart» zu belegen ist, kann es z.B. bei unverändert bleibendem Pro-Kopf-Einkommen zwischen zwei Zeitpunkten in einem Land noch immer sein, dass die Reichen reicher und die Armen ärmer werden, dabei aber der umweltschädliche Mehrkonsum der noch reicher werdenden Personen durch den Minderkonsum der noch ärmer werdenden Personen überkompensiert wird. Das würde bedeuten: Bei steigender sozialer Ungleichheit würden die Pro-Kopf-CO₂-Emissionen per saldo sinken. Eine weitere Folgerung davon wäre: Je grösser der Anteil der armen Schicht an der Gesamtbevölkerung ist, und damit spiegelbildlich, je kleiner der Mittelschichtsanteil an der Bevölkerung ist (was typisch für arme Länder ist), desto wahrscheinlicher wird es auch, dass noch grössere soziale Ungleichheit tendenziell zu sinkender Pro-Kopf-CO₂-Emission führt.⁷

Nur wenn der Anteil der (sehr) reichen Personen an der Gesamtbevölkerung bereits relativ gross ist und er sich weiter spürbar vergrössert, wird es bei zunehmender sozialer Ungleichheit wahrscheinlicher, dass auch die Pro-Kopf-CO₂-Emissionen weiter ansteigen.

Schrumpfen und gleichmachen!

Im Einklang mit der «Degrowth»-Bewegung sagt Ulrike Herrmann, wir könnten weltweit nur dann die Klimaziele noch erreichen, wenn nebst technischem Umbau der Wirtschaft («Decarbonisation») auch eine deutliche Reduktion der physikalisch messbaren Produktion von Gütern und Dienstleistungen konkret ins Auge gefasst werde. Ohne Entkoppelung des ökonomischen vom physikalischen Wachstum wäre das nur noch mit einer «Überwindung» oder sogar «Abschaffung»⁸ des unter einem Wachstumszwang stehenden Kapitalismus möglich.

Das heisst, wenn diese Entkoppelung nicht mehr möglich wäre, was Ulrike Herrmann im Detail nachzuweisen versucht, ist «Decarbonisation» und «Degrowth» wirklich nur noch mit einer «Überwindung» des Kapitalismus zu haben. Sie beschreibt das Dilemma korrekt, dass «Degrowth» im Kapitalismus jedoch katastrophale Folgen hätte (ähnlich wie in der Weltwirtschaftskrise Ende der 20er Jahre bis Anfang der 30er Jahre des 20. Jahrhunderts). Ihre Lösung für die Loslösung vom kapitalistischen Wachstumszwang: Ein Umbau der Wirtschaft nach dem Vorbild der britischen Kriegswirtschaft von 1939, die dank einer strengen Rationierungswirtschaft eine Reduzierung des Gesamtkonsums um rund ein Drittel auf sozial verträgliche Weise organisierte. Ohne Verstaatlichung wie im «kommunistischen Ostblock» (der in Wahrheit eine nach wie vor in den globalen Kapitalismus eingebundene monopolistische Staatswirtschaft betrieb) soll eine dirigistische staatliche Planwirtschaft den ökologischen Umbau der Wirtschaft im übergeordneten «Degrowth»-Regime einläuten.

Immerhin gibt das historische Vorbild einen klaren Hinweis, dass die Reduktion sozialer Ungleichheit nützlich für die Organisation des «Degrowth»-Regimes wäre: «Die Mengen- und Preiskontrollen waren in Grossbritannien ungemein populär. Wie die britische Regierung bereits 1941

feststellen konnte, war das Rationierungsprogramm «einer der grössten Erfolge an der Heimatfront». Die staatlich verordnete Gleichmacherei erwies sich als ein Segen: Ausgerechnet im Krieg waren die unteren Schichten besser versorgt als je zuvor. In Friedenszeiten hatte ein Drittel der Briten nicht genug Kalorien erhalten, weitere 20 Prozent waren zumindest teilweise unterernährt. Nun, mitten im Krieg, war die Bevölkerung so gesund wie nie, wobei die «Fitness der Babys und Schulkinder besonders hervorstach.»⁹

Dennoch: Die originelle Idee, die britische Kriegswirtschaft im 2. Weltkrieg zum Vorbild für das «Degrowth»-Regime zu nehmen, hat leider mindestens zwei entscheidende Haken: Erstens müsste diese Kriegswirtschaft in allen Ländern der Erde gleichzeitig eingeführt werden. Das scheint aber gegenwärtig und in absehbarer Zukunft ein völlig irreales politisches Handlungsziel zu sein. Eine «Überwindung» des Kapitalismus in dieser politisch bewusst organisierten Weise anzustreben, ist einfach keine realistische politische Mission. (Karl Marx z.B. glaubte bei der «Überwindung» bzw. «Aufhebung» des Kapitalismus zu keinem Zeitpunkt an den Staat und die Politik, meines Erachtens völlig zurecht.). Zweitens funktioniert eine dirigistische Planwirtschaft nur für eine beschränkte Zeit. Je länger das staatliche Planungsmonopol dauert, desto länger die Konkurrenz unter den Marktanbietern (den Unternehmen und Arbeitskräften) ausgeschaltet ist, desto ineffizienter wird sich die Wirtschaft entwickeln, weil die «Preissignale» immer weniger Informationswert haben. Und die Innovationskraft der Wirtschaft wird immer mehr erlahmen, weil jeder Anreiz wegfällt, Wettbewerbsvorteile zu erringen. Auf Nachfrageseite wird die rigide Bevormundung aus Rationierung und verordnetem Realeinkommensrückgang in einer Demokratie höchstens in akuten Notzeiten und klar befristet durchzusetzen sein. Doch die «Kriegswirtschaft» müsste langfristig auf unabsehbare Zeiten aufrechterhalten bleiben. Ein «Kriegsende» wäre eben nicht wie 1939 absehbar. ■

Thomas Ragni ist Ökonom und war lange als Berufsschul- und Mittelschullehrer tätig. Seit 2001 ist er Mitglied der Redaktionsgruppe der vpod bildungspolitik.

1 <https://www.pik-potsdam.de/de/aktuelles/nachrichten/co2-emissionen-im-jahr-2023-auf-rekordniveau>

2 Nancy Fraser, Der Allesfresser. Wie der Kapitalismus seine eigenen Grundlagen verschlingt, Berlin 2023, S. 172.

3 Basler Zeitung, 6. Dezember 2023, S. 29.

4 An vielen Beispielen plausibilisiert César Rendueles, Gegen Chancengleichheit. Ein egalitaristisches Pamphlet, Berlin 2022, S. 187ff., diesen Zusammenhang: «... Gleichheit und gesellschaftlicher Zusammenhalt sind so eng miteinander verbunden wie

physikalischer Druck und Temperatur – es ist bisweilen nicht ganz einfach, sie als unterschiedliche Phänomene zu beschreiben.»

5 Thomas Piketty, Eine kurze Geschichte der Gleichheit, München 2023, S. 44, 139ff.

6: Policy Brief 2023 | 04: Ökologische Transformation fair gestalten: Die soziale Frage ist keine Nebensache (bertelsmann-stiftung.de) – Z.B. erwähnt das Potsdam-Institut (vgl. Fn. 1), dass der CO₂-Ausstoss im Vergleich zum Vorjahr in Indien und China deutlich zugenommen, in den USA und Europa aber abgenommen hat – obwohl die

soziale Ungleichheit in den USA und Europa tendenziell weiter ansteigt.

7 Dies räumen auch die Autoren ein: «In Schwellen- und Hocheinkommensländern geht eine stärkere Einkommens- und Vermögenskonzentration mit höheren Treibhausgasemissionen einher, während in Niedrigeinkommensländern das Gegenteil der Fall ist (vgl. Jorgenson et al. 2016; Grunewald et al. 2017).» (aaO. Policy Brief S. 2) Es leuchtet mir darum nicht ein, wenn die Autoren wenig später ganz generell behaupten: «Steigende Ungleichheit hängt also über verschiedene Wirkungskanäle mit

einem höheren Emissionsniveau zusammen. Ungleichheitsreduktion ist ergo auch Klimapolitik.» (aaO. Policy Brief S. 3)

8 Ulrike Herrmann, Das Ende des Kapitalismus. Warum Wachstum und Klimaschutz nicht vereinbar sind, Köln 2023, S. 11: «Klimaschutz ist nur möglich, wenn wir den Kapitalismus abschaffen.» Auch Nancy Fraser, s.o. S. 145, ist dieser Überzeugung: «Ökopolitik muss demnach antikapitalistisch sein.»

9 Ulrike Herrmann, aaO. S. 240.

Homo destructor

In seinem neuen Werk legt Werner Bätzing eine Mensch-Umwelt-Geschichte vor, die das Wissen zahlreicher Disziplinen über den Menschen und sein gesellschaftliches Naturverhältnis zusammenträgt.

Von Johannes Gruber

Die Studie «Homo destructor» spannt einen weiten Bogen von den Menschenaffen vor 20 Millionen Jahren bis heute. Menschliche Entwicklung beginnt für Werner Bätzing bei den Vormenschen vor sieben bis acht Millionen Jahren mit der Herausbildung des aufrechten Ganges: Mit diesem «werden die Hände allmählich von der Aufgabe der Fortbewegung freigemacht und können für andere Zwecke eingesetzt werden, nämlich als Werkzeug [...], für soziale Aufgaben [...] und um Dinge zu tragen.» (50) Auch das Gehirn entwickelt sich und ermöglicht so eine intensive Hand-Gehirn-Interaktion.

Erst vor 300000 Jahren soll nach aktuellen Erkenntnissen der Homo sapiens entstanden sein, dessen Gehirn das dreifache Volumen eines Schimpansenhirns hat und der über immer raffiniertere Werkzeuge verfügt. Die Feuerbeherrschung geht bis auf den Homo erectus vor 1,8 Millionen Jahren zurück. Formen von Laut- und Gebärden-sprache werden bereits bei den Menschenaffen angewandt, durch Veränderungen im Mundraum-Rachen-Kehlkopf kann der Homo Sapiens die Sprachbeherrschung perfektionieren. Dadurch steigt die Fähigkeit zur Distanznahme vom Hier und Jetzt, die höhere Abstraktionsfähigkeit verbessert die Informationsweitergabe und fördert Lernprozesse. Dies ist auch nötig, da der Homo Sapiens nicht als «Spezialist» in einen bestimmten Lebensraum eingepasst ist, sodass er sich durch kulturelles Lernen an jeweils unterschiedliche Lebensräume anpassen und sich so immer wieder neu gesellschaftlich formen muss.

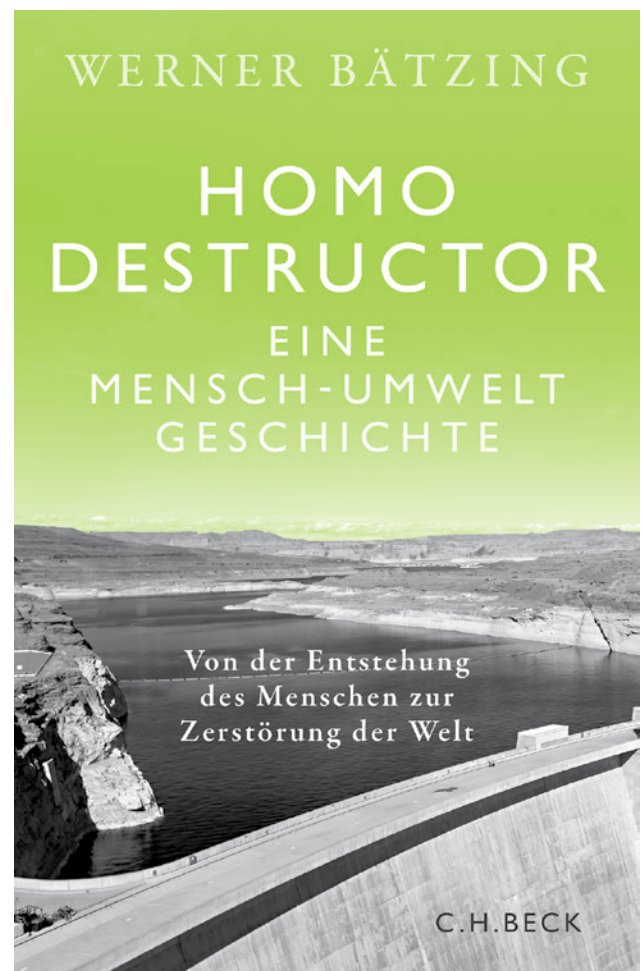
Überflusgesellschaften der Jäger und Sammler

Die eigentliche Geschichte der Menschheit beginnt für Bätzing mit der Gattung Homo vor 2,8 Millionen Jahren. Seitdem lebten die Menschen den weitaus grössten Teil der Zeit als Jäger und Sammler. Ihre Lebens- und Wirtschaftsweise ist stabil und nachhaltig, sie zeichnet sich dadurch aus, dass die Eingriffe in die Natur minimal sind: «Sie entnehmen der Natur diejenigen Produkte, die die Natur von sich aus – ohne Zutun

des Menschen – hervorbringt.» (90) Dies erfordert differenzierte Kenntnisse «über die Art und Weise des Wachstums und der Vermehrung der gesammelten Pflanzen und gejagten Tiere» (92) sowie vorausschauendes Planen. Immer auf Wanderschaft durchstreifen Jägerinnen und Sammlerinnen in Gruppen grosse Gebiete, um stets ausreichende Nahrungsquellen zu haben. Da sie wenig produktiv, aber effizient in der Nahrungsgewinnung sind, «liegen die täglichen Arbeitszeiten im jährlichen Mittel bei nur zwei bis vier Stunden» (95). Bätzings Schilderung der Lebensweise der Jäger und Sammler mit viel freier Zeit und «Mussepräferenz» klingt wie eine Utopie: «Alle Arbeiten werden niemals in Eile und stets mit einer gewissen Ruhe ausgeführt, zwischen den Arbeitsphasen gibt es lange Zeiten mit Nichtstun und Schlafen, und gemeinschaftliche Aktivitäten wie Erzählen, Spielen, Feiern, traditionelle Rituale und religiöse Zeremonien besitzen einen grossen Stellenwert.» (95f.) Die Menschen sind in relativ lockeren Grossgruppen ohne Hierarchien organisiert. Konflikte und Aggressionen werden grossteils durch Drohgebärden und Zeremonien bewältigt, richtige Kämpfe gibt es kaum, Kriege nicht. Das verbreitete animistische Weltbild deutet Landschaft und Natur als beseelt, der Mensch darf sie nicht zerstören und muss ihr mit Ehrfurcht begegnen: «Deshalb ist ihre Naturnutzung nicht einfach eine Ausbeutung der Natur – man nimmt all das, was man bekommen kann –, sondern eine bewusst geregelte Naturnutzung, die sich an der Ordnung der Natur orientiert und die sich ihr gegenüber «verantwortlich» fühlt.» (103f.)

Bauerngesellschaft, Stadt, Reich

Die Geschichte der Menschheit wird von zwei grossen Wendepunkten bestimmt: Mit der «Neolithischen Transformation» findet



Werner Bätzing. Homo destructor. Eine Mensch-Umwelt-Geschichte.

Von der Entstehung des Menschen zur Zerstörung der Welt.

C.H.Beck Verlag, München. 463 Seiten, circa Fr. 42.–

ab 9500 v. Chr. mittels Domestizierung von Pflanzen und Tieren ein Übergang zur Landwirtschaft statt. Mit einfachen Mitteln kann der Flächenertrag um den Faktor 200 gesteigert werden, durch technische Verbesserungen noch einmal um das Dreissigfache.

In der ersten Phase der Bauerngesellschaften sind die Gruppen noch gleichberechtigt: «Alle Familien eines Dorfes bewirtschaften ähnlich grosse Flächen und besitzen die gleichen Rechte und Pflichten, und die gegenseitige Hilfe und Unterstützung hat im Alltag, in Krisenzeiten sowie bei Not- und Unglücksfällen eine zentrale Bedeutung.» (145) Die Beziehung zur Natur ist von Ehrfurcht geprägt, ihre landwirtschaftliche Nutzung wird als religiöse Tätigkeit verstanden. Diese gebietet eine Praxis, die sich an Selbstversorgung orientiert und Übernutzung verhindert. Auch wenn sich erste Umweltzerstörungen nicht vermeiden lassen, besteht noch ein grosses Verantwortungsbewusstsein, diese zu verhindern, da durch sie auch die Lebensgrundlage der Menschen bedroht wäre.

Aus den egalitären Bauerngesellschaften entwickeln sich ab 3300 v.Chr. Hochkulturen mit ersten Städten als religiöse, politische und ökonomische Zentren, die Handwerk und Handel ermöglichen. Diese prägen die Welt bis zur industriellen Revolution. Hauptstädte von ersten Reichen werden zu Grossstädten mit mehr als 100000

Einwohnern. In diesen entwickeln sich Arbeitsteilung und Spezialisierung, Schrift und Zahl, Rechtswesen und Wissenschaften. Die dunkle Seite des Fortschritts ist ein hoher Arbeitskräftebedarf und eine tägliche Arbeitszeit von acht bis zehn Stunden. Die Mangelernährung und Krankheiten nehmen zu, die Lebenserwartung ab, die Menschen werden kleiner. Dies führt schliesslich zur Herrschaft «von wenigen Menschen über die grosse Mehrheit und zur Konzentration des gesamten Reichtums in den Händen von wenigen.» (120)

Während der «Achszeit» (800 bis 200 v. Chr.) breitet sich in einigen Regionen der Welt ein «Hirtennomadismus» aus sowie vorwiegend monotheistische Religionen mit universalem Deutungsanspruch: «Die irdische Realität wird als eine Welt voller Unordnung, Ungerechtigkeiten, Krieg, Unglück, Krankheit und Tod erlebt, und die jenseitige Welt stellt man sich als eine vollkommene Welt vor, die von all diesen Unzulänglichkeiten frei ist.» (212) Mit dieser Abstraktionsleistung löst sich der Mensch zum ersten Mal konsequent von der konkreten Welt und beginnt sich zu scheinbar grenzenlosen Möglichkeiten der gesellschaftlichen Selbstbestimmung zu öffnen.

Moderne und Aufklärung

Den zweiten grossen Wendepunkt der menschlichen Geschichte stellt die industrielle Revolution dar. Den Weg zu dieser bereitete die Moderne, für deren Entwicklung Bätzing drei Ansätze ausmacht. Den ersten sieht er im antiken Griechenland ab 800 v. Chr.: Neue Errungenschaften sind die Entwicklung von Buchstabenschrift, Geldwirtschaft, Demokratie, Philosophie/Logik und Mathematik/Geometrie, die heute die Grundlagen unserer modernen Welt bilden. Mit diesen entstehen abstrakte Strukturen, denen es nicht mehr um «die Verarbeitung konkreter Erfahrungen [geht], sondern um allgemeingültige Erkenntnisse, die «immer und überall» gelten sollen.» (231)

Nachdem seit dem 4. Jahrhundert v. Chr. die Moderne versandet war, setzte sie um 1000 n. Chr. im europäischen Mittelalter aufs neue an. Das Hochmittelalter greift die Abstraktionen der Antike auf und entwickelt sie weiter, dies wiederum endet nach dem Ausbruch der Pest um 1350. Der Durchbruch zur modernen Welt erfolgt schliesslich mit der europäischen Renaissance um 1500 n. Chr., die im 18. Jahrhundert zur Aufklärung führt.

Bätzing sieht neun entscheidende Bereiche für deren neue Weltsicht:

«• Naturwissenschaften: Aus der respektvollen Erkenntnis der Natur entwickelt sich die Behandlung der Natur als Material.

• Arbeit: Aus einer mühevollen Tätigkeit, die eingestellt wird, wenn das Ziel erreicht ist, wird eine rastlose Berufstätigkeit ohne Ende.

• Recht: Aus vielen besonderen Einzelfällen werden einfache Standardlösungen.

• Philosophie: Aus einem Körperwesen mit Emotionen, Gefühlen und Geist wird ein rationales Geistwesen.

• Mathematik: Aus dem Rechnen mit konkreten Zahlen wird die Berechnung des Unendlichen.

• Staat: Aus einer Institution für den Menschen entwickelt sich der rationale Staat als Selbstzweck.

• Geld: Aus einem festen Wertsymbol wird eine substanzlose Recheneinheit, die ins Unendliche gesteigert werden kann.

• Sozialdisziplinierung: Aus einer Einordnung des Einzelnen in die Gemeinschaft entwickelt sich die gewaltsame Einübung der abstrakten Abstrakta.

• Gesellschaftsform: Aus dem gemeinschaftlichen Wirtschaften und Zusammenleben entwickeln sich die formalen Prinzipien von Markt und Demokratie.» (262)

Natur erscheint in diesem Weltbild als unendliche Ressource, die mit den Prinzipien der Vernunft frei genutzt werden kann. Ein solches Weltverständnis schafft die Grundlagen für die industrielle Revolution.

Industriegesellschaften

Mit der Entstehung von Industriegesellschaften verselbständigt sich zum ersten Mal in der Geschichte die Wirtschaft von der Gesellschaft. Es entsteht eine grenzenlose Dynamik, Wirtschaft wird zum Selbstzweck, der das gesamte menschliche Leben dominiert. Historisch neu ist auch, dass durch die Nutzung der fossilen Energieressourcen (Stein- und Braunkohle, Erdöl, Erdgas) zum ersten Mal Energie scheinbar unendlich zur Verfügung steht.

Mit dieser Energie können Maschinen betrieben werden, die menschliche Arbeit ersetzen und durch Effizienzgewinne eine Massenproduktion mit niedrigen Stückkosten ermöglichen. Es kommt zu einer Verbesserung des materiellen Wohlstands, dies allerdings um den Preis «einer sehr starken Verdichtung und Intensivierung aller Arbeitsschritte und mit ihrer Unterordnung unter den Rhythmus der Maschine» (277) und einer hierarchischen Arbeitsorganisation. Arbeit wird anstrengender und weniger selbstbestimmt, die Lebensqualität sinkt.

Unternehmertum, technischer Fortschritt, Kapital sorgen für permanente Innovationen und scheinbar unbegrenztes Wirtschaftswachstum. Der Markt organisiert das gesamte Wirtschaften: «Deshalb ist das Ziel des Wirtschaftens auch kein menschliches Ziel wie die Produktion von menschlichen Dingen, die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse oder die Gewährleistung eines guten Lebens, sondern allein der unendliche Selbstzweck, aus Geld mehr Geld zu machen.» (279)

Dienstleistungsgesellschaften

Ab dem Jahr 1970 diagnostiziert Bätzing die Durchsetzung der Dienstleistungsgesellschaften. In diesen bleibt die industrielle Produktion trotz Arbeitsplatzverlusten ein relevanter Wirtschaftssektor. Der Dienstleistungssektor wächst dagegen massiv, da immer mehr Bereiche für mögliche Dienstleistungen entstehen. Dies ist eine Folge der technischen Entwicklung, zunehmender Arbeitsteilung und Spezialisierung, der Kommodifizierung ehemals nichtwirtschaftlicher Dienstleistungen etwa im Sozialbereich, der wachsenden Bedeutung von Bildung, Ausbildung, Fort- und Weiterbildung, des Ausbaus des Gesundheitsbereichs sowie der allgemeinen Zunahme des Wohlstandes, die für breite Gesellschaftsschichten Luxuskonsum ermöglicht. Wirtschaftliche Veränderungen wie die Ablösung des «Bretton-Woods-Abkommens» mit festen Wechselkursen «durch das Spiel von Angebot und Nachfrage am Devisenmarkt» (317) führen zur «Entfesselung der Finanzmärkte». 1973 gilt als das Jahr, ab dem neoliberale Politik immer einflussreicher wird, die den Wirtschaftsverkehr zwischen den Staaten auf der Erde immer weiter liberalisiert und die Globalisierung der Weltwirtschaft vorantreibt.

Mit den immer grösseren technischen Möglichkeiten entsteht eine Konsumgesellschaft: «Indem der Mensch seine Bedürfnisse immer häufiger und selbstverständlicher mittels Geld befriedigt, verändern sich im Lauf der Zeit allmählich seine Bedürfnisse und sein Selbst- und Weltbezug.» (329) Kaufhandlungen treten an die Stelle einer aktiven Auseinandersetzung mit der Welt, das Wunschbild unmittelbarer Bedürfnisbefriedigung setzt sich durch, Konsum wird identitätsstiftend, es kommt zu einem permanenten Wachstum der Bedürfnisse.

Wie Umweltzerstörung beenden?

Obwohl bereits seit dem Neolithikum menschlich verursachte Umweltzerstörung existiert, so erreicht diese erst durch die Industriegesellschaften eine globale Dimension. Seit Ende der 1950er Jahre kommt es zu einem steilen Anstieg der Kohlenstoffdioxidkonzentration in der Erdatmosphäre, es kommt zu globaler Klimaerwärmung, einer Zunahme von Wetterextremen, der Schädigung von Ökosystemen. Gesundheit und Ernährungsversorgung vieler Menschen werden beeinträchtigt. Für Bätzing sind durch die Folgen der Entgrenzungen auch der Zusammenbruch der Wirtschaft, die Auflösung der Gesellschaft, das Zusammenbrechen der Individuen in Reichweite.

Grunderkenntnisse von Bätzing's Mensch-Umwelt-Geschichte sind, dass Umweltprobleme mit den Grundprinzipien von Wirtschaft, Gesellschaft und Raumnutzung zusammenhängen. Für die Epochen der

Jäger-und-Sammler-Gesellschaften wie auch für die egalitären Bauerngesellschaften hält er fest, dass in diesen Umwelt kaum zerstört wurde. Mit steigendem Fortschritt der technologischen Entwicklung stiegen mit den Möglichkeiten jedoch auch die Gefährdungen. Durch die Offenheit seiner Bedürfnisse und seine Grenzenlosigkeit war und ist der Mensch fähig, seine Lebensgrundlagen, seine Umwelt und sich selbst zu zerstören. Um dagegen sein Überleben zu sichern, ist er darauf angewiesen, Selbstbegrenzungen und einen verantwortlichen Umgang mit der Natur auszubilden. Für Bätzing braucht es «neue Formen des Wirtschaftens und (Zusammen-)Lebens sowie ein neues Selbst-, Natur- und Weltverständnis des Menschen, um seinen Naturumgang in allen Bereichen auf eine neue und dauerhafte Grundlage zu stellen.» (369f.)

Angesichts der nach wie vor steigenden Umweltprobleme und Konflikte hält Bätzing

es jedoch für ein realistisches Szenario, dass es zwar nicht zu einem grossen, plötzlichen Zusammenbruch kommt, jedoch zu Teilzusammenbrüchen, bei der «wohl alle Pfeiler der modernen Welt – Geld, Markt, Staat, Recht, Macht, Globalisierung – stark geschwächt [werden]. Gleichzeitig werden die betroffenen Menschen zum Teil auf Elemente der vormodernen Welt – Selbstversorgung statt Markt, Tausch statt Geld, Familie und Nachbarschaft statt Staat» zurückgeworfen. Damit könnten im günstigen Fall, dies ist zumindest Bätzings Hoffnung, auch Freiräume eröffnet werden für die Entwicklung wirklich nachhaltiger Lebens- und Wirtschaftsformen: Mit einer Wirtschaft, die in erster Linie der Versorgung der Menschen mit lebensnotwendigen Gütern dient, einem achtsamen Umgang mit Energie und einer kulturellen Selbstbegrenzung, die sich mit ökologischer Nachhaltigkeit vereinbaren lässt. ■

down.» (134) Für Träger*innen des Mindsets wäre dies inakzeptabel. Rushkoff sieht Klaus Schwab, den Gründer des World Economic Forum in Davos, als idealtypischen Vertreter des Mindsets, der die Marktkräfte durch Deregulierung der Nationalstaaten und Globalisierung erst richtig entfesseln will, um Probleme zu lösen und Investoren reicher zu machen. Angesichts der fortschreitenden Ausbeutung der Natur und Zerstörung der Umwelt betrachtet Rushkoff dies als magische Praktiken oder münchhausensche Versuche, sich am eigenen Schopf aus den Abhängigkeiten gegenüber den Naturgesetzen zu befreien. Dagegen formuliert er ein alternatives Wirtschaftskonzept: «The principles for building a more circular economy that isn't dependent on growth are straightforward. Keep resources and revenue recirculating through the community, and accessible to the working class. Leverage the power of mutual aid to lift up one member of the community at a time, each according to their need. Maintain independence from big employers and disinterested investors by owning businesses cooperatively with other workers.» (183)

Rushkoff weigert sich, an dieser Stelle einen Plan zur Rettung der Welt zu formulieren. Dass es für diese noch nicht zu spät ist und wir mit kleinen und grossen Veränderungen den Klimawandel und die Naturzerstörung beeinflussen können, so viel steht für ihn fest. Doch genau jetzt sei die Zeit, dies anzugehen, sonst könnte es tatsächlich zu spät sein. ■

Survival of the Richest

Ein Buch über eine Denkweise, die uns alle bedroht.

Von Johannes Gruber

Das neueste Werk des US-amerikanischen Autors und Medienwissenschaftlers Douglas Rushkoff beginnt mit einer Anekdote. Als er von Investmentbankern zu einem Vortrag über die «Zukunft von Technik und Technologien» eingeladen war, entpuppt sich der Anlass vor Ort als eine Fragerunde in einem Luxusresort mit fünf Superreichen. Schnell kristallisiert sich deren Hauptinteresse heraus: «The Event». Überzeugt davon, dass der Zusammenbruch unserer Welt durch die ökologische Katastrophe, soziale Unruhen, nukleare Katastrophen, Viren oder Computerhacks nicht aufzuhalten sei, verlangen sie von Rushkoff Tipps für alle Fälle:

«New Zealand or Alaska? Which region will be less impacted by the coming climate crisis? [...] Which was the greater threat: climate change or biological warfare? How long should one plan to be able to survive with no outside help? Should a shelter have its own air supply? What is the likelihood of groundwater contamination? [...] How do I maintain authority over my security force after the event.» (3)

The Mindset

Rushkoff rekonstruiert die vorherrschende Denkweise im digitalen Kapitalismus, für die sinnbildlich das Silicon Valley steht, und

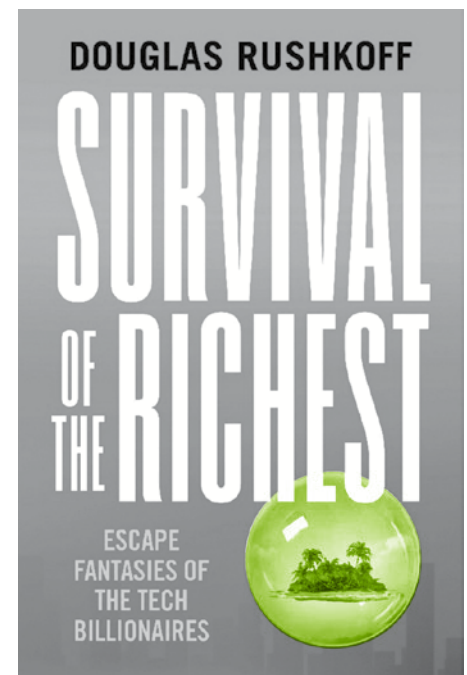
arbeitet heraus, was diese auszeichnet: Individualisierung, Konkurrenz- und Wettbewerbsorientierung, Markt- und Technikglaube.

An die Stelle politischer Anliegen, die Welt zu verbessern oder zu retten, tritt das Ziel cleverer als die anderen zu sein, Gewinner. Digitale Technologien sollen diesen helfen, einer Welt zu entkommen, die sie selbst produziert haben und weiter produzieren.

Die Durchsetzung dieses «Mindsets» sieht Rushkoff mit dem Aufkommen des Internets und der digitalen Konzerne. Doch er sieht dieses bereits in der Epoche der Aufklärung angelegt. Francis Bacon nimmt er als Gewährsmann für den Herrschafts- und Gewaltcharakter verabsolutierter empirischer Wissenschaften. Die Denkweise von Intellektuellen wie dem Evolutionsbiologen Richard Dawkins und dem Psychologen Steven Pinker seien Aktualisierungen dieser Denkweise.

Handeln, bevor es zu spät ist

«Nachhaltigkeit» verortet Rushkoff als ein Prinzip, das dem Kapitalismus und der Ausbeutung der Natur Grenzen setzt: ««Sustainability» [...] implies an unacceptable plateau in growth and development. It means partnering with nature and scaling back instead of dominating and doubling



Douglas Rushkoff. Survival of the Richest. Escape Fantasies of the Tech Billionaires. Norton & company, New York. 212 Seiten, circa Fr. 20.–

Von Pisa lernen, heisst, den Unterricht für Benachteiligte zu verbessern

Soziale Herkunft und das Geschlecht beeinflussen immer noch und mehr denn je das Leistungsvermögen Schweizer Schüler*innen.



Der nationale Bericht zu den Pisa-Tests 2022 stellt wesentliche Ergebnisse vor und diskutiert diese im Zusammenhang.

Viele Ergebnisse der Schweizer Jugendlichen bei den Pisatests 2022 fallen überdurchschnittlich gut aus.

Nur sechs von 81 Ländern schnitten bei den Mathematikleistungen besser ab, keines davon aus Europa. Nicht ganz so gut, aber immer noch im oberen Bereich schneidet die Schweiz bei den Naturwissenschaften (nur neun Staaten sind besser) und bei den Leseleistungen (lediglich 14 Staaten erzielen mehr Punkte) ab. Im internationalen Vergleich sehen lassen kann sich auch

die Verteilung der Schülerinnen und Schüler (SuS) auf einzelne Leistungssegmente: In der Schweiz gibt es mehr leistungsstarke und weniger leistungsschwache SuS als in anderen Ländern. Doch auch hierzulande ist längst nicht alles gut im Bildungssystem: Bei den Lesefähigkeiten erreicht ein Viertel der SuS nicht einmal das Mindestniveau. In Mathematik beträgt dieser Anteil noch ein Fünftel, zudem hat in diesem Fach immer noch der Faktor soziale Herkunft einen grossen Einfluss.

Angst verhindert Lernen

Mit dem Pisa-Index «Angst vor Mathematik» konnte gezeigt werden, dass die Angst der Schweizer SuS eher geringer als bei SuS in anderen Ländern ausfällt. Allerdings ist die Angst 2022 gestiegen, mit starken geschlechtsspezifischen Unterschieden. Der Anteil der Mädchen, die Angst vor Mathematik haben, ist von 40.9 Prozent im Jahr 2003 auf 52.6 Prozent im Jahr 2012 und 68.0 Prozent im Jahr 2022 gestiegen. Seit 2012 haben Mädchen in der Schweiz bei gleicher Leistung im Mathematiktest eine zweimal höhere Wahrscheinlichkeit, Angst vor Mathematik zu haben als Jungen. 2003 war diese Wahrscheinlichkeit für beide Gruppen noch gleich hoch. Geschlechterunterschiede bestehen auch in der Einschätzung der eigenen Mathematikkompetenzen: Bei gleicher Leistung tendierten doppelt so viele Jungen als Mädchen zu der Selbsteinschätzung, Mathematik falle ihnen leicht.

Soziale Herkunft als Handicap

Seit Beginn der Pisatests zeigt sich ein Zusammenhang zwischen der sozialen Herkunft der SuS und ihren Testleistungen. Trotz politischer Aufmerksamkeit und entsprechenden Bemühungen um Chancengleichheit verstärkte sich der Zusammenhang sogar: «Der durchschnittliche Leistungsunterschied zwischen Schülerinnen und Schülern aus dem untersten und obersten Viertel der sozialen Herkunft beträgt in Mathematik knapp 120 Punkte [...], [dies] bedeutet, dass die Schülerinnen und Schüler aus dem untersten Viertel der sozialen Herkunft mit ihren mathematischen Kompetenzen ungefähr drei Schuljahre weniger weit sind als diejenigen aus dem obersten Viertel der sozialen Herkunft.» (S. 104)

Was es also braucht

Bei den Ergebnissen der Pisatests 2022 gibt es einige Anhaltspunkte, dass die Pandemie und der Lehrpersonenmangel den Einfluss der sozialen Herkunft auf die Testergebnisse weiter vergrössert hat. Was es braucht, ist offensichtlich: Guten Unterricht erteilt durch kompetente Lehrpersonen, geeignete Konzepte für einen herkunfts- und gendersensiblen Unterricht mit ausreichenden Ressourcen. ■

Text: **Johannes Gruber**, Gewerkschaftssekretär VPOD Schweiz und Sektion Zürich Lehrberufe

Angestellte der ZHDK melden sich bei uns, dass sie von der Hochschule nicht ernstgenommen und schlecht beraten wurden sowie, dass sie in die Restrukturierungsprozesse nicht partizipativ eingebunden waren.



Drunter und drüber an der ZHDK

An der Kunsthochschule im Toni-Areal gibt es viele Veränderungen: Die Umsetzung der neuen Personalverordnung trifft auf einen einschneidenden Systemwechsel. Die Folgen davon sind ein Sozialplan, Entlassungen und viel Verunsicherung beim Personal.

Einerseits gibt es an der ZHDK die Umstellung vom früheren Modell, nach dem man dort nur ein Fach studieren konnte, zum neuen, in welchem man Haupt- und Nebenfächer wählt. Für die Bachelorstudiengänge ist der Wechsel bereits erfolgt, die Masterstudiengänge stellen im Sommer 2024 um. Das neue System hat aber nicht nur Konsequenzen für die Student:innen. Der massive Umbau des Studienprogramms führt vor allem auch zu Kürzungen von Pensen und Entlassungen beim Personal in einem Umfang, der einen Sozialplan notwendig macht.

Ein Sozialplan mit Hindernissen

Dieser Prozess, den der VPOD begleitete, verlief alles andere als reibungslos. An einem ersten Treffen Ende Mai 2023 wurde uns ein Termin für Ende September gegeben. Der Sozialplan sei bis dahin fertig und bereit für die Vernehmlassung. Kurz bevor wir diesen Termin wahrnehmen konnten, wurde er uns aber wieder abgesagt. Man sei noch nicht bereit. Den Ersatztermin sagten wir von unserer Seite her ab. Es war herausgekommen, dass mit den betroffenen Mitarbeiter:innen noch gar keine Gespräche geführt worden waren. Informationen zu den persönlichen finanziellen Verhältnissen, eine der Grundlagen, auf welchen die Abfindungen berechnet werden, fehlten komplett. Wir weigerten uns deshalb,

einen Termin wahrzunehmen, bevor die Gespräche geführt worden waren. Das brachte die ZHDK in Bedrängung, denn diese Gespräche waren im Zeitplan offenbar zu diesem Zeitpunkt nicht eingeplant. So ersuchte die ZHDK beim Fachhochschulrat um eine Fristerstreckung, die sie auch bekam.

Der neue Termin für die Entgegennahme des Sozialplans wurde Ende November kommuniziert. Mit einer Frist zur Stellungnahme von neun Tagen. Begründet wurde die kurze Frist damit, dass wir wegen unserer Forderung, es müssten zuerst Gespräche geführt werden, den Zeitplan selbst durcheinandergebracht hätten. Es lässt einem aber das Gefühl nicht ganz los, dass man damit zumindest in Kauf genommen hat, dass wir nicht genügend Zeit für eine detaillierte Stellungnahme haben könnten.

Trotz der kurzen Frist gelang es uns aber, uns mit den Kolleg:innen der ZHDK auszutauschen und eine genaue Stellungnahme zu verfassen. Darin bemängelten wir auch den Prozess – vor allem, dass die Gespräche mit den betroffenen Mitarbeiter:innen erst geführt worden waren, als wir uns weigerten den Sozialplan entgegenzunehmen, bevor diese stattgefunden haben.

Wir stellten aber natürlich auch inhaltliche Forderungen. So verstanden wir nicht, wie Kündigungen von Kleinstpensen – die kleinste Teilkündigung betraf gerade mal 0,53 Stellenprozente – überhaupt statthaft waren. Natürlich kann man nun argumentieren, dass ein Verlust von wenigen Stellenprozenten nicht sehr einschneidend ist. Die Vollzugsverordnung zum Personalgesetz des Kantons (VVO) schreibt aber vor, dass (Teil)Kündigungen wenn immer möglich verhindert werden müssen. Laut §16 lit. b müssen alle Massnahmen zur Vermeidung von Kündigungen geprüft werden. Das man für die betroffenen Personen keine Arbeit hätte finden können – 0,53 Stellenprozente entsprechen nota bene 13,5 Minuten Arbeitszeit pro Woche – hat uns nicht überzeugt. Dennoch wurde leider an diesen Minireduktionen festgehalten.

Es freut uns aber, dass wir durch unsere Rückmeldung zumindest zum Teil eine Erhöhung der Abfindungen erreichen konnten. Im Grossen und Ganzen trat der Hochschulrat schlussendlich jedoch auf den Vorschlag der ZHDK ein und verabschiedete einen Sozialplan, der zwar in den Abfindungen durchaus grosszügig war, dessen Umfang aber – davon sind wir überzeugt – grösser ausgefallen ist als nötig gewesen wäre.



Mehr Freiheit für Lehrmittel!?

Im April 2022 wurde im Zürcher Kantonsrat mit der Parlamentarischen Initiative (PI) 19/2022 eine grössere Wahlfreiheit bei den Lehrmitteln in der Volksschule gefordert. Die PI wurde in der Kommission beraten und kommt demnächst in den Rat. Was will sie genau – und warum ist sie sinnlos, ja sogar schädlich?

Manchmal wünscht man sich als Lehrperson mehr Freiheit bei der Wahl der Lehrmittel. Und ja, manchmal stehen die obligatorischen Lehrmittel einfach im Schrank und werden nicht benutzt. Die PI 19/2022 fordert, dass in Zukunft nicht nur ein Lehrmittel pro Fach und Schulstufe, sondern mindestens zwei davon durch die Lehrmittelkommission zur Auswahl gestellt werden. So könnten die Gemeinden, Schulen oder Lehrpersonen jeweils eines auswählen. Zudem solle der Zürcher Lehrmittelverlag in der Lehrmittelkommission nicht mehr vertreten sein.

Nun, das scheint auf den ersten Blick ok. Doch die Produktion von Lehrmitteln für die Volksschule ist kompliziert, und wer sich die Mühe macht, genau hinzuschauen, entdeckt die Problemfelder, die eine Umsetzung der Initiative mit sich bringen würde. Erstens: Der Zürcher Lehrmittelverlag würde deutlich geschwächt. Der Einbezug von Lehrpersonen bei der Produktion oder die Entwicklung von Nischenprodukten wären finanziell nicht mehr möglich. Zweitens: Spezifische Themen des Lehrplans 21 oder der Schweizer Geschichte und Kultur kämen in einem alternativen Lehrmittel möglicherweise gar nicht mehr vor. Und drittens gäbe es deutlich mehr Aufwand für Gemeinden und Schulen, denn jede Schule müsste für jedes Fach definieren, mit welchem Lehrmittel gearbeitet wird. Die PI erweist sich so als ein Bürokratiemonster, ihre Annahme würde dazu führen, dass der Lehrmittelverlag und der Bildungsrat geschwächt würden.

Heute entscheidet der durch den Kantonsrat gewählte Bildungsrat über die Lehrmittel, welche in der Volksschule genutzt werden müssen und dürfen. Eine Lehrmittelkommission ist dafür besorgt, dass geeignete, auf den Lehrplan ausgerichtete und praxistaugliche Lehrmittel zur Verfügung stehen. Bei der Entwicklung der Lehrmittel werden zahlreiche Lehrpersonen einbezogen. Und im Alltag kann jede Lehrperson verschiedene Aspekte des Unterrichts mit ausgesuchten Materialien ergänzen. Aus meiner Sicht wäre es fatal, diese gut funktionierende Zusammenarbeit für nichts aufs Spiel zu setzen. ■

Text: **Monika Wicki**, SP-Kantonsrätin und VPOD-Mitglied

Neue Personalverordnung, neue Probleme

Gleichzeitig wird auch die neue Personalverordnung für Fachhochschulen umgesetzt. Dieser Wechsel betrifft nicht nur die ZHdK, sondern auch die anderen Zürcher Fachhochschulen ZHAW und PHZH. Lediglich die Hochschule für Heilpädagogik (HfH) ist davon ausgenommen, da es sich um eine interkantonale Institution handelt. Auch in diesem Projekt hat der VPOD mitgewirkt, indem er sich in der Vernehmlassung geäussert hat. Dieser Prozess ist inzwischen abgeschlossen und in der Umsetzung begriffen. Hier gibt es im Gegensatz zum Systemwechsel keinen Sozialplan, was aber nicht unbedingt eine gute Nachricht ist. Zentral für die Umsetzung ist laut ZHdK, dass niemand weniger Lohn erhalten soll. Das stimmt grundsätzlich auch. Die Lohnneibussen werden aber unserer Meinung nach nicht verhindert, sondern nur verzögert. Es gilt nämlich die Praxis, dass man, wenn man nach der Neueinreihung im Rahmen der nPVF in eine tiefere Lohnklasse eingeteilt wird, dies durch eine höhere Lohnstufe kompensiert wird. Dass eine tiefere Lohnklasse aber auch einen tieferen Maximallohn bedeutet, wird nicht erwähnt. Wer diesen Maximallohn durch grosse Betriebstreue erreicht, verliert früher oder später also an Einkommen.

Das Personal ist unzufrieden, die Hochschulleitung beschwichtigt

Von keiner Hochschule hören wir häufiger von unzufriedenen Mitgliedern als an der ZHdK. Die Unzufriedenheit mit den Umsetzungen von Modellwechsel und Personalverordnung ist gross. Bemängelt werden dabei auch vor allem die fehlende Kommunikation. Etwas, was die Hochschulleitung stets bestreitet. Und es mag sein, dass es regelmässige Infoveranstaltungen gibt und dass mit betroffenen Mitarbeiter:innen Gespräche geführt werden. Das ändert aber nichts daran, dass die Kolleg:innen, die sich bei uns melden, schlecht beraten, nicht ernstgenommen und nicht in die Prozesse eingebunden fühlen. Es gibt also noch Verbesserungspotential, auch wenn die Hochschulleitung das nicht gerne hört – auf jeden Fall nicht von uns. ■



Besseres Arbeitsklima an den Berufsfachschulen

Wenn das Arbeitsklima nicht stimmt, geht man nicht gerne arbeiten. Dazu gehört das Zwischenmenschliche genauso wie transparente Prozesse und eine faire Entlohnung. Wie sieht das in den Zürcher Berufsfachschulen aus? Wo läuft es gut und wo gibt es Handlungsbedarf?

Dazu laden wir im nächsten Jahr Berufsfachschullehrer:innen aus dem ganzen Kanton zu Veranstaltungen ein, um über das Arbeitsklima an den verschiedenen Schulen zu reden und Erfahrungen zu sammeln. Teilnehmen dürfen alle, die sich für dieses Thema interessieren, ob Mitglied oder nicht. Wenn du gerne an einer solchen Veranstaltung dabei wärst, kannst du dich unverbindlich anmelden. Sobald wir Genaueres wissen, würden wir dich mit den Infos und der Bitte zur definitiven Anmeldung kontaktieren.

Die Erkenntnisse aus den Gesprächen werden wir nach diesen zusammentragen und aufbereiten. Sie dienen uns als Grundlage für das weitere Vorgehen. Das Ziel: Problemfelder erkennen und Verbesserungsvorschläge erarbeiten und umsetzen, damit alle sich an ihrer Schule wohlfühlen und gerne arbeiten gehen.

Anmeldung unter: <https://zuerich.vpod.ch/themen/bildungsbereich/babs/>

Noch höhere Prämien? Referendum gegen EFAS!

EFAS (Einheitliche Finanzierung von ambulanten und stationären Leistungen) stellt eine grundlegende Neugestaltung der Finanzierung im Gesundheitswesen dar. Diese Reform verlagert die Entscheidungsbefugnis von den Kantonen auf die Krankenkassen, die somit eine erweiterte Kontrolle über das Gesundheitssystem erhalten.

Dieser Wandel erhöht den Druck zur Kosteneinsparung im Gesundheitspersonal und bringt die Qualität der Altenpflege in Gefahr. EFAS unterwirft Pflegeheime und häusliche Pflege denselben Prinzipien von Profit und Wettbewerb, die bereits zu Schliessungen von Krankenhäusern und Stellenabbau in öffentlichen Spitälern geführt haben. Dagegen hat der VPOD das Referendum ergriffen.

Die Unterschriftensammelkarte «Nein zu EFAS – Referendum gegen EFAS» ist dieser Zeitschriftenausgabe beigelegt. Herunterladbarer Unterschriftenbogen sowie weitere Infos unter: <https://stop-efas.ch/de/>

FAQ aus der Rechtsberatung Fürsorgepflicht des Arbeitgebers bei Mobbing

Das Verhältnis von Lehrperson und Schulleitung/Schulpflege ist von gegenseitigen Pflichten bestimmt. Neben dem grundlegenden Tausch «Lohn gegen Arbeit» hat der Arbeitgeber auch eine Fürsorgepflicht gegenüber der Lehrperson: Diese hat u.a. Anspruch darauf, dass ihre physische und psychische Integrität gewahrt bleibt und sie nicht diskriminiert wird.

Im Personalgesetz des Kantons Zürich heisst es dementsprechend: «Der Staat schützt seine Angestellten vor ungerechtfertigten Angriffen.» (§ 32) Darunter fallen körperliche Tätlichkeiten wie auch psychische Übergriffe wie z.B. «Mobbing».

ABSTIMMUNGSPAROLEN

3. MÄRZ 2024

NATIONAL

Volksinitiative vom 28. Mai 2021
«Für ein besseres Leben im Alter (Initiative für eine 13. AHV-Rente)»
(BBI 2023 781)

JA

Volksinitiative vom 16. Juli 2021
«Für eine sichere und nachhaltige Altersvorsorge (Renteninitiative)»
(BBI 2023 1520)

NEIN

Das Volksschulamt Zürich stellt klar, dass «Mobbing und Psychoterror am Arbeitsplatz» schwere Persönlichkeitsverletzungen sind, bei denen der Arbeitgeber eingreifen muss. Allerdings schränkt es stark ein, dass von «Mobbing aber erst gesprochen werden [kann], wenn auf eine Person am Arbeitsplatz über längere Zeit gezielt und systematisch enormer psychischer Druck ausgeübt wird und das Opfer dadurch gesundheitliche (psychische oder physische) Beeinträchtigungen erleidet.»

Gelingt ein Mobbingnachweis, wird dies als «Berufspflichtverletzung» gewertet, bei der dem Arbeitgeber eine Reihe von Interventionsmöglichkeiten bis zur Kündigung zur Verfügung steht. Für schwerwiegende Fälle ist eine Administrativuntersuchung durch das Volksschulamt vorgesehen.

Da es in der Praxis meist sehr schwer ist, Mobbing tatsächlich nachzuweisen, ist bei der Erhebung entsprechender Vorwürfe unbedingt grosse Vorsicht anzuraten. Ungerechtfertigte Vorwürfe verstossen gegen die «Treuepflicht» der Lehrperson, die verlangt, so zu handeln, dass die Interessen der Schule und ihres Arbeitgebers gewahrt bleiben. **Bei weiteren Fragen zum Thema: info@vpod-zh.ch**

Agenda

Informationen über Veranstaltungen und Versammlungen sind aufrufbar unter: zuerich.vpod.ch/kalender

IMPRESSUM VPOD ZÜRICH PFLICHTLEKTION: Organ des VPOD Zürich Lehrberufe, Birmensdorferstrasse 67, 8036 Zürich, Tel: 044/295 30 00, Fax: 044/295 30 03, www.zuerich.vpod.ch, **Redaktion:** Jonas Keller und Johannes Gruber

Layout und Druck: ROPRESS, 8048 Zürich, **Nr. 1 / 24, Februar 2024**, erscheint vier Mal jährlich, 9. Jahrgang, Auflage: 3000

Kinder wollen etwas bewegen

Jacqueline Büchi ist mit ihren Kindergartenkindern in der Regel draussen, um diesen Bildung für nachhaltige Entwicklung zu vermitteln.

Von Johannes Gruber



VPOD-Kollegin Jacqueline Büchi ist Kindergartenlehrperson an der Schule Zinzikon / Kindergarten Stadel.

Seitdem an ihrer damaligen Schule Rychenberg mit Projektmitteln von myblueplanet Solarzellen auf dem Schulhausdach eingerichtet wurden und Weiterbildungen für nachhaltiges Unterrichten stattfanden, engagiert sich Jacqueline Büchi mit grossem Engagement für das Thema «Nachhaltigkeit» im Unterricht. Da damals auch Räumlichkeiten für eine weitere Kindergartenabteilung fehlten, hat die Schule aus der Not eine Tugend gemacht und einen Waldkindergarten gegründet. Jacqueline hat zehn Jahre in diesem gearbeitet und parallel dazu auch die Ausbildung für «Naturbezogene Umweltbildung» (NABU) absolviert, nun unterrichtet sie im Kindergarten Stadel an der Schule Zinzikon.

Lehrpersonen als Vorbilder

«Bildung für nachhaltige Entwicklung» BNE sei mehr als draussen unterrichten, so Jacqueline, aber vom Unterricht im Freien ist sie mehr als begeistert. Im Wald könne man besonders gut eine Beziehung zu den Kindern aufbauen. Wenn sie dort mit den Kindern Abfall einsammelt, kann sie ihnen anschaulich erklären, wie wichtig der achtsame Umgang mit diesem Lebensraum für Tiere und Menschen ist.

Jacqueline ist es wichtig, Zusammenhänge aufzuzeigen: Dass wir als Menschen Teil eines Ganzen sind, das wir im Begriff sind zu zerstören. Auch legt sie besonders Wert auf das Zeigen und Einüben von Handlungsmöglichkeiten im Kleinen. Es dürfe nicht sein, dass Kinder das Gefühl bekommen, die Welt sei nicht mehr zu retten und werde irgendwann untergehen. Lehrpersonen sieht sie dabei als Vorbilder in der Verantwortung. Mit den Kindern sammelt sie z.B. Nusshälften und Mandarinschalen als Anzündmaterial, bringt die Kohle im Garten wieder zurück in den Kreislauf der Natur oder repariert im Unterricht mit den Kindern Geräte.

Da Kindergartenlehrpersonen im Kanton Zürich ja maximal ein Unterrichtspensum von 90 Prozent ausüben können und ein Nachmittag für die Kinder frei sei, böte sich, so Jacqueline, an diesem noch ein Potential für eine Ausweitung des Unterrichts. Bis jetzt sind die Kleinen immer im Klassenverband von 20 bis 24 Kindern. Ein Nachmittag mehr mit Halbklassenunterricht könnte dies ändern. Ein solcher Ausbau der Beziehung zur Kindergartenlehrperson würde die Lernprozesse der Kinder fördern.

Fehlendes Unterrichtsmaterial für BNE

2020 hat Jacqueline mit ihren Kindergartenkindern z.B. einen Sponsorenlauf durchgeführt, an dem diese so schnell wie nur irgend möglich liefen, um Gelder für ein weiteres Solardachprojekt zu sammeln. Da die Kinder bereits von Greta Thunberg und Friday for Future gehört hatten, wollten sie, dass der Lauf an einem Freitag stattfindet. Es sei immer wieder zu sehen, wie empfänglich die Kinder auf allen Stufen für BNE-Themen sind: «Die Kinder wollen etwas bewegen, sie leben in dieser Welt und sie wollen diese Welt gut gestalten. Sie konsumieren nicht nur, sondern haben viele Werte, die ihnen wichtig sind. Auf diese sollten wir im Unterricht fokussieren.»

In einer Projektwoche an der Schule gestaltete Jacqueline den Garten für mehr Biodiversität um. Die Klasse stellte ein Bienenhotel auf und beobachtete die ankommenden Wildbienen. Auf diese Weise begriffen die Kinder, dass man der Abnahme der Insekten entgegenwirken kann, wenn wir für diese einen Lebensraum schaffen, den die Bienen gestalten und in dem sie sich wieder vermehren können.

Bei einem Projekt war die Klasse in einem Schweizer Wald vor Ort bei Neupflanzungen von Bäumen dabei, die wegen des Borkenkäfers gefällt werden mussten. In diesem Zusammenhang konnte sie auch die Ro-

«Die Kinder [...] leben in dieser Welt und sie wollen diese Welt gut gestalten, [sie] haben viele Werte, die ihnen wichtig sind. Auf diese sollten wir im Unterricht fokussieren.»

fung des Regenwaldes thematisieren. Wie wichtig es ist, dass dieser erhalten bleibt, dass darum bei der Nutzung von Holz auf das FSC-Label geachtet werden sollte. Dies könne, so Jacqueline, nur deshalb auf diese Weise thematisiert werden, weil im Lehrplan₂₁ der Auftrag für BNE enthalten ist. Leider gebe es für BNE als überfachliches Thema an den Schulen noch keine Handreichungen, wie dieses konkret im Unterricht umgesetzt werden kann. Schulleitungen und VSA sollten die Lehrpersonen noch stärker für BNE schulen, findet Jacqueline. Auch die PH sollte hier noch mehr Angebote schaffen. Bis jetzt sind lediglich Stiftungen wie education₂₁, Silviva, myblueplanet und Vereine wie Terre des Hommes und Caritas

in diesem Feld aktiv. Jacqueline hofft, dass die BNE-Themen zumindest in die neuen Ethik-Lehrmittel eingebettet sind, die für den Kindergarten kommen werden.

Draussenlernen

Nach Jacquelines Erfahrung gilt es bei der Einführung vom Draussenunterricht in der Regel, viel Widerstand zu überwinden. Lehrpersonen müssen erst lernen, wie das Unterrichten draussen geht. Die Eltern wiederum fürchten, dass ihre Kinder das Stillsitzen und Konzentrieren nicht lernen, auch das Schreiben zu wenig eingeübt werde. Beim Waldkindergarten waren die Bedenken geringer, weil die Eltern ihre Kinder bewusst

«Langfristig sollten bei Neubauten Schulen und Schulgelände so angelegt sein, dass das Draussenlernen als Teil eines umfassenden Bildungskonzepts gefördert wird.»

in dieses spezielle Angebot geschickt haben. An ihrem aktuellen Kindergarten ist der Draussenunterricht dagegen normaler Bestandteil des Kindergartenalltags. Dies ist nur möglich, weil ihr aktueller Schulleiter diesen stark fördert. Mit der Zeit sehen alle Beteiligten dann, dass die Kinder vom Unterricht im Freien sehr profitieren. Auch wenn komischerweise an den Waldtagen viele Kinder krank sind, ist der Tenor grundsätzlich sehr positiv.

Besonders die Eltern von Kindern mit besonderen Bedürfnissen sind sehr glücklich, dass ihre Kinder beim Draussenlernen so aufleben. Jacqueline ist neu an dem Projekt «Naturinsel» der Stadt Winterthur für Kinder mit besonderen Bedürfnissen beteiligt, das auch vom VAS mit Ressourcen unterstützt wird. In «erweiterten Lernräumen» sollen diese Kinder in alltagsnahen Aufgaben Selbstwirksamkeit erleben und ihr eigenes

Potential erfahren. Dies ist in der Natur nun einmal besser möglich als in viereckigen Schulzimmern.

Das Volksschulamt empfiehlt für die Kindergartenstufe allgemein, dass man zumindest einmal in der Woche mit den Kindern rausgehen soll. Leider scheitert dies teilweise, weil zuwenig personelle Ressourcen da sind, um die vorgeschriebene Begleitung zu zweit zu gewährleisten. Jacqueline selbst kann nur einmal die Woche mit ihrer Klasse einen weiteren Ausflug machen, da ihr nur einmal die Woche eine Klassenassistentin zur Verfügung steht. Dass in Winterthur soeben der Einsatz von Zivildienstleistenden an den Schulen massiv abgebaut wurde, ist ein Schritt in die falsche Richtung.

Vom VPOD wünscht sich Jacqueline, dass er sich noch stärker einsetzt für mehr Personal an den Schulen. Langfristig sollten zudem bei Neubauten Schulen und Schulgelände so angelegt sein, dass das Draussenlernen als Teil eines umfassenden Bildungskonzepts gefördert wird.

Der Draussenunterricht müsse nicht immer im Wald stattfinden, sondern kann auch in der Stadt, in Museen, im Theater oder auf dem Eisfeld stattfinden – solange diese Orte dazu dienen können, BNE-Themen aufzugreifen. Und natürlich kann man BNE-Themen auch im Schulzimmer behandeln, mit konventionellen Unterrichtsmaterialien wie Büchern und Filmen.

Nachhaltig unterrichten

Im Unterricht setzt Jacqueline selbstverständlich auch moderne Technik wie iPads ein, mit denen die Kinder ihre Lernprozesse mit Fotos dokumentieren, Theaterszenen aufnehmen und Filme produzieren. Schlauchkameras dienen ihrer Klasse dazu, tierisches Leben in Mauslöchern zu erforschen.

Noch sei vieles zu statisch an den Schulen, was die Unterrichtsformen und die Raumnutzung betreffe. Jacqueline wünscht sich, dass die Lehrpersonen ein stärkeres Verständnis als Teamplayer herausbilden, die im Rahmen einer gemeinsamen Schulhauskultur bei der Umsetzung ihres Bildungsauftrags zusammenarbeiten. Was die Zukunft von BNE betrifft, ist Jacqueline jedoch optimistisch. Gerade junge Lehrpersonen engagieren sich für die Behandlung von BNE-Themen im Unterricht, da sie von der Klimajugendbewegung geprägt worden seien. ■



Zu viel Konkurrenz, Wettbewerb und Zwang an der Schule?

Ein Leserbrief zu Georg Feusers Beitrag «Inklusion» in der «vpod bildungspolitik 233», (S. 16-19).

Den Artikel von Georg Feuser habe ich mit viel Interesse gelesen. Der Verfasser ist nahe bei meinem Herz und Kopf, wenn er schreibt: «Inklusion will Gleichheit im Sinne einer Anerkennung eine/s jeden in ihrem/seinem je spezifischen Menschsein (und keine Gleichmacherei), und darauf bezogen eine Bildungsgerechtigkeit, die jedem Menschen ein Lernen in solidarischer Gemeinschaft und eine optimale Persönlichkeitsentwicklung ermöglicht. Ein Lernen in curricularen, schulform- und schulbesuchsjahrbezogenem und in Jahrgangsklassen organisiertem Gleichschritt ermöglicht das nicht!»

Schule erlebe, sehe und verstehe ich als einen Teil einer autoritär-hierarchisch-totalitär und industriell-militärisch-technokratisch begründeten «Zuvielisation». Konkurrenz, Wettbewerb und Zwang (sogenannte Schulpflicht) sind weder für Gemeinschaftsbildung noch für Inklusion tauglich.

In einem solchen Sinne scheint mir auch beispielsweise «Integration oder Separation?» [...] nicht die entscheidende Frage: Schule ist an sich und per se eines von vielen falschen Systemen. – Damit es wahrhaftig und wirklich mit der Bildung etwas werden kann, brauchen wir den Mut, mit allen falschen Dingen radikal aufzuhören. Erst dann wird Raum frei für grundlegend und wertvolles Neues, das es sowohl individuell als auch lokal, national und global für ein friedvolles und gutes Leben für alle unabdingbar braucht.

Ueli Keller,
Bildungs- und Lebensraumkünstler, u.a.
Kordinator Europäisches Netzwerk
«Bildung@Raum».



Animal

Bella und Vipulan sind 16 Jahre alt und setzen sich aktiv gegen den Klimawandel ein. Trotz ihres Engagements sehen sie nur wenige politische Fortschritte zum Schutz des Planeten. Sie beschliessen, das Angebot des Regisseurs Cyril Dion anzunehmen und mit ihm auf einer Reise den Problemen auf den Grund zu gehen.

Von **éducation21**



Sechs Jahre nach seinem erfolgreichen Film «Demain» hat der Schauspieler, Regisseur und Umweltaktivist Cyril Dion den Dokumentarfilm «Animal» über das sechste Massenaussterben gedreht. Diesmal filmt er die Umweltkatastrophe aus der Sicht von zwei 16-jährigen Jugendlichen, der Engländerin Bella und Vipulan, einem Franzosen mit sri-lankischen Wurzeln. Die beiden machen sich auf den Weg, um einen Paläontologen der Universität Stanford, eine Aktivistin im Europäischen Parlament oder den Präsidenten von Costa Rica zu treffen. Der Dokumentarfilm erklärt sehr anschaulich, warum die Biodiversität in Gefahr ist und welche Folgen das hat. Bella und Vipulan treffen auf Experten für Überfischung und Entwaldung und sehen mit eigenen Augen, wie Tiere in der Massentierhaltung leiden. Im Austausch mit Wissenschaftlerinnen und Aktivisten wird den beiden klar, dass wir Menschen unser Verhältnis zur natürlichen Umwelt überdenken müssen, um die Schönheit und den Wert der Natur wahrnehmen und schätzen zu können. Auf ihrem Weg

beschäftigen sich die Jugendlichen mit grundlegenden Fragen: Welche Rolle spielen wir Menschen im Ökosystem? Was können wir gegen das Artensterben tun? Und wie können wir anders auf diesem Planeten leben?

Bedrohung des Lebensraums

Der Dokumentarfilm zeigt, dass die Biodiversität aus verschiedenen Gründen bedroht ist. Eine zentrale Ursache ist der Verlust von Lebensräumen. Rund ein Drittel der Landfläche wird heute für Ackerbau und Viehzucht genutzt. Auch der Bau von Siedlungen, Industrieanlagen und Verkehrswegen sowie der Abbau von Rohstoffen brauchen Platz. Neu gebaute Verkehrswege zerschneiden gewohnte Lebensräume und erschweren so die Nahrungssuche und die genetisch gemischte Fortpflanzung von Tieren.

Zudem werden Tierarten übernutzt. Ein bekanntes Beispiel ist die Fischerei: Die bestehenden Regelungen reichen nicht aus, um dem hohen Druck der verschiedenen Interessengruppen standzuhalten und die

Artenvielfalt in den Meeren zu sichern.

Auch die Dezimierung einzelner Tierarten (Elefanten, Wale, Geier, Bienen etc.) hat Auswirkungen auf das Ökosystem, da sich die gesamte Nahrungskette verändern kann.

Klimawandel und Biodiversität

Viele Tiere sind durch den Klimawandel bedroht. Da sie sich nicht schnell genug an die klimatischen Veränderungen, die damit verbundenen Wetterextreme oder an neue Standorte anpassen können, nehmen ihre Populationen weiter ab. Fehlende Tier- und Pflanzenarten haben wiederum Auswirkungen auf das gesamte Ökosystem. Ein Beispiel dafür sind Wiesen: Fehlende Blumen bedeuten fehlende Insekten, und fehlende Insekten bestäuben wiederum weniger Blumen.

Invasive Arten

Lebewesen werden durch den Menschen – bewusst oder unbewusst – und durch Wind- und Wasserströmungen transportiert. So können einheimische Arten durch neue,



Animal

Dokumentarfilm von Cyril Dion, Walter Bouvais
 Filmlänge: 120 Minuten
 Altersempfehlung: Ab 10 Jahren
 Themen: Biodiversität, Ökologie, Ökosysteme, Konsum, Partizipation
 Sprache: Englisch, Französisch, Untertitel Deutsch
 Schulstufen: Zyklus 3
 Didaktisches Begleitmaterial: Angela Thomasius, éducation21

Den Film (Video-on-Demand) und die vollständigen Begleitmaterialien mit ausführlichen Hintergrundinformationen, Arbeitsblättern und Kopiervorlagen finden Sie unter: <https://catalogue.education21.ch/de/film/animal>
 Die Filme von éducation21 stehen Lehrpersonen der Volksschule und der Sekundarstufe II sowie Bildungsakteuren in der Schweiz kostenlos zur Verfügung: <http://www.filmeeineweltvod.ch>

invasive Arten verdrängt werden. Die asiatische Tigermücke zum Beispiel, die vor gut 20 Jahren in die Schweiz eingeschleppt wurde, macht den einheimischen Mücken bei der Nahrungssuche Konkurrenz. Sie ist resistenter gegen Klimaveränderungen, extreme Wetterereignisse oder Pestizide und damit überlebensfähiger. Ausserdem verändert sie mit ihren mitgebrachten Verhaltens- und Lebensweisen das hiesige Ökosystem.

Was gibt Hoffnung?

Der Film beschäftigt sich nicht nur mit den Problemen und Ursachen des Artensterbens. Bella und Vipulan treffen auf ihrer Reise auch Menschen, die nach Lösungen suchen und verschiedene Ansätze in die Tat umsetzen. Cyril Dion will mit seinem Film zeigen, dass das Wissen um die Zusammenhänge, die Neugier und die Liebe zu allem Lebendigen grundlegend sind, um dem Artensterben Einhalt zu gebieten.

«Animal» im Unterricht

«Animal» eignet sich für den Einsatz im Unterricht zu den Themen Biodiversität, Umweltschutz, Tiere oder Klimawandel für den Zyklus 3. Biodiversität ist ein ebenso komplexes Thema wie der Klimawandel und eignet sich, um vernetztes Denken zu üben. Um Lösungsansätze für den Erhalt der Biodiversität zu finden, ist neben der Beobachtung von Natur und Umwelt und dem Erkennen von systemischen Zusammenhängen auch

die Auseinandersetzung mit der Rolle des Menschen in einem nachhaltigen Ökosystem notwendig.

Damit sich die Schülerinnen und Schüler eine eigene Meinung bilden und eine Haltung entwickeln können, muss ihnen zunächst der Zugang zur Natur und damit eine Beziehung zu ihr ermöglicht werden. Einblicke aus verschiedenen Perspektiven, kritisches Hinterfragen und Diskussionen über widersprüchliche Ziele und Lösungsansätze fördern gleichzeitig wichtige überfachliche Kompetenzen. Diese sind in einer komplexen, sich schnell verändernden Welt und für den Umgang mit Unsicherheiten von zentraler Bedeutung.

Im Begleitmaterial zum Film gehen die Schülerinnen und Schüler der Frage nach, was das Artensterben mit uns zu tun hat. Dazu verknüpfen sie verschiedene Informationen und präsentieren sich gegenseitig in Gruppen ihre Lösungen.

Lernziele

- Die Schülerinnen und Schüler können
- die Aussagen, Zahlen und Fakten auf den Informationskarten miteinander vernetzen und in eine sinnvolle Struktur bringen.
 - wichtige von unwichtigen Informationen trennen und eine gehaltvolle Antwort auf die Leitfrage geben.
 - Ansätze zur eigenen Alltags- und Lebenswelt erfassen und Handlungsmöglichkeiten ableiten. ■

éducation21, das nationale Kompetenzzentrum und Fachagentur der EDK für Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE), erbringt seit 10 Jahren praxisorientierte Angebote für Schulleitungen und Lehrpersonen. Dazu gehören evaluierte Lernmedien und Bildungsaktivitäten ausserschulischer Akteure sowie didaktisierte Filme. Zudem stellt éducation21 Praxisbeispiele aus Schule und Unterricht zusammen und leitet das Netzwerk «Schulnetz21». Darüber hinaus leistet éducation21 fachliche und finanzielle Unterstützung an innovative Projekte in Schulen und an Pädagogischen Hochschulen.

Themendossier Biodiversität von éducation21

<https://education21.ch/de/themendossier/biodiversitaet>

Präsidentin bleibt an Bord

Yvonne Tremp berichtet über die Geschichte und Themen ihres Engagements. Mit Auflösung der Trägerschaft der vpod bildungspolitik verabschiedet sie sich in ihrer Funktion als Präsidentin und arbeitet weiter in der Redaktion der Zeitschrift mit.

Von Yvonne Tremp

In den ersten beiden Januarwochen dieses Jahres habe ich die letzten rund 130 Ausgaben unserer Zeitschrift Bildungspolitik durchgesehen. Mehr als 25 Jahre haben mich diese unzähligen Texte durch meine Zeit als Lehrperson begleitet, manchmal herausgefordert und oft auch inspiriert.

Dank des «Magazins für Schule und Kindergarten» – so einer der früheren Namen dieser Zeitschrift – habe ich den Weg zur Gewerkschaft vpod gefunden und mich von einem Beitritt überzeugen lassen. Durch das Kollektivabonnement der Sektion Zürich Lehrberufe wurde mir das Heft regelmässig zugeschiedt und der Inhalt mit den vielseitigen Themen hat mir so gut gefallen, dass ich mich gleich als Delegierte für den Trägerverein wählen liess. Ich kann mich noch an meine erste Versammlung erinnern. Damals waren viele Delegierte anwesend, die Redaktionsgruppe war sehr männlich und ich als junge Frau war eine Ausnahme. Zugegeben, damals war ich ziemlich eingeschüchtert, weil ich nicht mitreden konnte. Schnell habe ich gemerkt, dass sich alles um den Redaktor Ruedi Tobler dreht und viele der Anwesenden eine gemeinsame Geschichte verbindet.

Engagement und Werbung

Als ich 2001 das Präsidium des Trägervereins übernahm, stand das Jubiläum 25 Jahre vpod-Bildungsmagazin an. Um mehr über die Entstehung der Zeitschrift zu erfahren, blätterte ich die 125 bereits erschienenen Hefte im Archiv durch und verstand so erst richtig die Geschichte der Gründung dieser Zeitschrift. Die Angst vor Repressionen brachte in den 1970er Jahren die Lehrpersonen dazu, sich im vpod zu organisieren und eine eigene Zeitschrift herauszugeben. Am Jubiläumsfest 2001 war viel von diesem Spirit zu spüren. Die Anwesenden tauschten ihre Erinnerungen aus und ich war eine interessierte ZuhörerIn. Dass so viele engagierte, kritische und mutige KollegInnen über all diese Jahre in unterschiedlicher Form unsere Zeitschrift produzierten, verdient Anerkennung. Jetzt, mehr als 20 Jahre später, sind noch viel mehr Menschen dazugekommen, die in unzähligen Stunden die Herausgabe der weiteren 110 Hefte ermöglicht haben. Ruedi Tobler hat als Redaktor die Zeitschrift in die Hände von Johannes Gruber übergeben, die Produktion des Hefes wurde immer wieder der Zeit angepasst, das Layout

Yvonne Tremp beim Lesen ihrer Lieblingszeitschrift.



verändert, der Name neu bestimmt und die Organisationsform umgekrempelt. Etwas ist aber konstant geblieben. Ob in der Nummer 125 oder 150 oder 200, immer haben wir neue Redaktionsmitglieder gesucht und nur wenige gefunden. Erfreulicherweise sind aber die regionalen Beiträge wieder viel stärker vertreten, so dass die aktuellen Themen der kantonalen Bildungslandschaft gut abgebildet sind. Wie vor 25 Jahren ist unsere Zeitschrift für eine gute vpod-Werbung im Bildungsbereich nicht wegzudenken.

Last und Ehre

Meine Aufgabe als Präsidentin war nicht immer ganz einfach. Einen richtigen Vorstand gab es nur noch auf dem Papier und auch die Delegierten aus den Regionen wurden immer weniger. Da die Einnahmen durch den Verlust von Kollektivabonnements zurückgingen, mussten wir neue Einnahmequellen suchen. So war ich nicht unglücklich, dass sich der Verein 2009 auflöste und die Anstellung des Redaktors in die Verantwortung der Zentrale überging. Diese beteiligte sich auch finanziell und das Überleben der Zeitschrift war weiter gesichert. Über all die Jahre war es aber auch frustrierend, dass wir die Redaktionsgruppe nicht vergrössern und verjüngen konnten. Der einzige Vorteil an dieser Situation ist die Tatsache, dass ich in meinem Alter immer noch die «junge» Klassenlehrperson bin, die im Arbeitsleben steht und unterrichtet. Eigentlich wollte ich nicht einmal Mitglied der Redaktionsgruppe sein, der Austausch an den Sitzungen war jedoch immer spannend: Ich konnte Ideen und Kritik anbringen, meistens hatte ich am Ende dann auch wieder einen neuen Auftrag.

Einen Vorteil brachte mir mein Amt als Präsidentin. An meinem ersten MAB musste ich ein Dossier abgeben und meine ausser-schulischen Aktivitäten beschreiben. Dass ich Präsidentin des Trägervereins unseres Bildungsmagazins war, hat sehr grossen Eindruck gemacht und wurde als sehr wichtig eingeschätzt. Ich weiss bis heute nicht, was genau sich meine Schulpfleglerin unter dieser Aufgabe vorgestellt hat.

Redaktionelle Mitarbeit

Der grosse Stapel Zeitschriften liegt vor mir und erzählt mir jetzt nach all der vergangenen Zeit viel von meiner eigenen bildungspolitischen Geschichte. Die Berichte in den Heften sind meine Themen, die mich beschäftigt haben und mich weiter umtreiben werden, die Artikel sind meine Erinnerungstütze. Nicht immer komme ich zum gleichen Schluss wie die Schreibenden oder ich muss über den Unterschied von Theorie und Praxis staunen. Manchmal muss ich Texte zweimal lesen, bis ich den Inhalt verstehe und immer wieder kann ich Neues dazulernen. Oft bin ich gefrustet,

dass unsere gewünschten Reformen noch nicht oder nicht besser umgesetzt worden sind, aber immer bin ich stolz, dass wir es geschafft haben, in all den Jahren unsere Standpunkte einem breiten Publikum zur Verfügung zu stellen.

Wie lange wir unsere Zeitschrift so erhalten können, ist ungewiss. Die finanzielle Situation zwang uns, die bildungspolitik neu zu organisieren. Zum 1.1.24 wurde die Trägerschaft aufgelöst, die «vpod bildungspolitik» wird eine Verbandszeitschrift. Das Arbeitspensum für die Aufgaben des Redaktors wurde gekürzt, die Zeitschrift erscheint nur noch vier Mal im Jahr. Die Redaktionsgruppe wird neu gegründet und sucht neue Mitglieder, die im Berufsleben stehen.

Ohne Trägerschaft braucht es auch keine Präsidentin mehr. Als letzte Handlung möchte ich noch danke sagen: Ruedi Tobler und Johannes Gruber für ihr riesiges Engagement als Redaktoren unserer Zeitschrift, Sarah Lang, die ich in all den Jahren nur ein einziges Mal persönlich getroffen habe und Ruedi Lambert für die unzähligen Karikaturen, die ich sehr schätzte, der Redaktionsgruppe für ihre unzähligen interessanten Beiträge und einfach allen, die sich in irgendeiner Weise für unsere Zeitschrift eingesetzt haben. Es fällt mir auf, wie treu ihr alle der bildungspolitik seid – hoffentlich bleibt das weiter so – und ja, ich bleibe ihr auch treu und komme weiterhin an die Redaktionsgruppensitzungen. ■

Kurs halten und neuer Anlauf

Wieder einmal kommt es zu Veränderungen bei der Organisation, Finanzierung und Erscheinungsweise unserer Zeitschrift. Und wiederum suchen wir engagierte Lehrpersonen, die die Redaktion neu mit aufbauen. Von Johannes Gruber

Mitte 2008 war es, als mir ein Arbeitskollege an der Universität die «bildungspolitik 155» mitbrachte, die eine Anzeige für die freierwerbende Stelle des Redaktors enthielt. Als prekär angestellter wissenschaftlicher Assistent war ich bereits auf Stellensuche und als VPOD-Mitglied aus dem Bildungsbereich sehr angetan von der Möglichkeit, von der gewerkschaftlichen Miliz- zur Erwerbsarbeit zu wechseln. Es ist fraglos ein Privileg, sein eigenes politisches Engagement am Arbeitsplatz verfolgen zu können. Gerne erinnere ich mich an das Bewerbungsgespräch zurück, in dem ich betonte, dass ich nicht versprechen kann wie mein Vorgänger Ruedi Tobler 30 Jahre zu bleiben. Ein Hinderungsgrund für meine Anstellung war dies anscheinend nicht. Inzwischen sind es 15 Jahre und 75 Ausgaben der vpod bildungspolitik geworden.

Projekt der Gewerkschaftsbasis

Die Arbeit in der Gewerkschaftsbewegung hat ihre spezifischen Herausforderungen. Dass ich als Soziologe mit einigen von diesen bereits vor meinem Stellenantritt theoretisch vertraut war, erleichterte mir den Einstieg sehr. Und als Redaktor für die «vpod bildungspolitik» zu arbeiten, hatte von Anfang an auch einen besonderen Reiz für mich, weil die Zeitschrift von der Gewerkschafts-

basis der 1970er Jahre gegründet worden war und von dieser über Jahrzehnte gegen potentielle inhaltliche Vereinnahmungen und Einsparversuche verteidigt wurde. Ich musste auch feststellen, dass nicht jeder und jede im VPOD der Ansicht war, dass es eine sprachregionale Branchenzeitschrift für den Bildungsbereich braucht. Umso grösser war die Leistung der Trägerschaft,

Die «vpod bildungspolitik» erscheint nun nur noch 4 Mal jährlich in deutscher Sprache und geht an die Mitglieder der Sektion Lehrberufe Zürich sowie der Lehrberufsgruppen Aargau, Basel, Bern, Luzern, St. Gallen. Verbreitet wird die Zeitschrift auch über Schulhausversände sowie im Rahmen von Einzelabonnements. Die aktuellen Nummern werden über social media beworben und können auch unter vpod.ch heruntergeladen werden. Das Archiv der Zeitschrift wird ständig aktualisiert, die Ausgaben von 2001 bis 2022 bleiben unter vpod-bildungspolitik.vpod.ch/ zugänglich. Weitere Informationen unter: redaktion@vpod-bildungspolitik.ch



«Für den Neuaufbau der Redaktion braucht es engagierte VPOD-Lehrpersonen aller Bildungsbereiche und -stufen. Bitte meldet euch unter: redaktion@vpod-bildungspolitik.ch »

Redaktor Johannes Gruber im Homeoffice bei der Fertigstellung der vpod bildungspolitik 235.

ist die Leistung der VPOD-Regionen in der Deutschschweiz mit Lehrpersonengruppen, dass die Zeitschrift über mittlerweile 47 Jahre finanziert werden konnte. Mein besonderer Dank gilt hierfür der Trägerschaftspräsidentin a.D. Yvonne Tremp, die zum Glück weiterhin in der Redaktionsgruppe der Zeitschrift mitarbeiten wird. Den weitaus grössten Einzelbeitrag für die Finanzierung der Zeitschrift leistet weiterhin die Sektion Zürich Lehrberufe, Unterstützung gibt es auch aus dem Zentralsekretariat.

Neuaufbau der Redaktion

Um die Erscheinung der Zeitschrift für die Zukunft weiterhin zu sichern, wurde die Integration der Zeitschrift in die Verbandsstrukturen nun noch weiter vertieft und dabei die formale Trägerschaftsstruktur aufgelöst. Weil jedoch alle an der Finanzierung der Zeitschrift beteiligten Akteure mit ihren finanziellen Mitteln verantwortungsvoll umgehen müssen, wurde beschlossen, die Zeitschrift auf vier Ausgaben jährlich zu beschränken. Dies geht einher mit einem Neuaufbau der Redaktion, für die es engagierte VPOD-Lehrpersonen aller Bildungsbereiche und -stufen braucht. Bitte meldet euch unter: redaktion@vpod-bildungspolitik.ch

Dass die Zeitschrift weiterhin erscheint, ist alles andere als selbstverständlich in einer Zeit, in der aufgrund sich wandelnder Lesegewohnheiten und knapper finanzieller Mittel gerade viele Printprodukte aufgegeben werden. Doch wir haben gute Gründe, warum wir uns für die Weiterführung entschieden haben. Die Zeitschrift zeigt das Engagement des VPOD im Bildungsbereich. Sie wird von VPOD-Lehrpersonen produziert und für sie. Mit der Zeitschrift haben wir eine Stimme in den nationalen und kantonalen Bildungsdiskursen.

Für eine starke Gewerkschaft im Bildungsbereich!

Als Gewerkschaft für den gesamten Service public ist der VPOD ein wichtiger Akteur im

Schweizer Bildungsbereich. Die Lehrberufe sind die drittgrösste Branche im VPOD. Wir sind die einzige Gewerkschaft im Bildungsbereich mit nationalem Einfluss. Ansonsten bestehen nur Berufsverbände, die sich im bildungspolitischen Mainstream nahe am Status Quo bewegen.

Bessere Arbeitsbedingungen im Bildungsbereich (Arbeitszeit, Löhne, Teamteaching, Tagesschule etc.) hängen jedoch stark mit den Strukturen des Bildungssystems zusammen. Damit die Arbeitsbedingungen wirklich besser werden, braucht es an den Schulen und im Unterricht auch Chancengerechtigkeit, Gleichstellung der Geschlechter, Inklusion, Antirassismus etc. Dafür müssen die Bildungsbarrieren, Exklusion, Diskriminierung von Minderheiten, Chancenungleichheiten im selektionsorientierten Schweizer Bildungssystem überwunden werden. Dies kann nur mit starken Akteur*innen wie dem VPOD erfolgreich sein.

Und weil für das gewerkschaftliche Engagement im Bildungsbereich eine fundierte Auseinandersetzung mit den Strukturen und Prozessen innerhalb unseres Bildungssystems nötig ist, besteht seit 47 Jahren unsere Zeitschrift vpod bildungspolitik.

Stimmen aus der Leser*innenschaft

Als im letzten Jahr der Fortbestand der Zeitschrift fraglich schien, erreichten mich zur Unterstützung eine Reihe von Zuschriften, von denen ich hier drei zitiere:

«Seit ich bildungspolitisch aktiv bin, setze ich mich für eine inklusive Bildung für alle ein und brauche dazu die Zeitschrift <bildungspolitik>: Sie vernetzt mich mit Menschen, die ähnlich denken wie ich und ich darf Artikel zum Thema Inklusion lesen oder ab und zu auch selber schreiben, so dass die Debatte zur inklusiven Bildung – weg vom selektiven Schulsystem – weiter aufrechterhalten bleibt.» (Mitglied)

«Die Zeitschrift <bildungspolitik> war und ist für die NGO-Kampagne <Bildung für

alle – jetzt!>, die einen besseren Zugang zur Bildung von Geflüchteten und Sans-Papiers fordert, wichtig. Sie hat die inhaltlichen Diskussionen und die Entwicklung der Forderungen dokumentiert. Die Zeitschrift hat über nationale und regionale Veranstaltungen sowie über die politische Arbeit mit Petitionsübergabe und daraus resultierenden Vorstössen im Nationalrat berichtet. Sie war und ist auch für die Aussendarstellung der Kampagne wichtig, z.B. auch für die Legitimierung und Akquirierung von Stiftungsgeldern.» (Mitglied)

«Zum Glück gibt es das Magazin <bildungspolitik>. Dank ihm erhielt das oft vernachlässigte Thema Bildung im Strafvollzug in einem Schwerpunkt verdiente und differenzierte Aufmerksamkeit. Umgekehrt ist das Heft im Kollegium ein nützliches und wirksames Tool, um den VPOD bekannt zu machen.» (Mitglied)

Glaubwürdig positionieren, Interessen vertreten

Jenseits der neuesten Social-media-Trends braucht es auch für die Gewerkschaften Medien, in denen differenziert analysiert und argumentiert wird. In denen die Stimmen von Werktätigen in ihrer ganzen Breite und Vielfalt ertönen. In der <vpod bildungspolitik> kommen engagierte und kritische Lehrpersonen ebenso ausgiebig zu Wort wie andere Fachpersonen aus Bildungsverwaltung, Wissenschaft und Forschung.

Bildung ist heute ein «Megathema». Oft dominieren hier jedoch ökonomische Sichtweisen, die der gesellschaftlichen und individuellen Bedeutung von Bildung nicht gerecht werden. Mit unserer Zeitschrift haben wir auch in Zukunft ein geeignetes Medium, um uns in den Auseinandersetzungen für die Umsetzung des Rechts auf Bildung und bessere Arbeitsbedingungen glaubwürdig zu positionieren und die Interessen der Lehrpersonen zu vertreten. Schreiben und kämpfen wir! ■

Sans-Papiers-Kinder an Schweizer Schulen

Der Leitfaden für Schulen und Schulbehörden mit Informationen und Handlungsanleitungen ist soeben in einer revidierten Neuauflage als PDF erschienen. Eine gedruckte Version ist für Frühling 2024 geplant. Von **Bea Schwager**



© Illustration: Michael Albrecht

Sans-Papiers-Kinder an Schweizer Schulen

Die starke Gewerkschaft im Service public
Birmensdorfstr. 67 | Postfach | 80316 Zürich
T 044 266 52 52 | vpod@vpod-ssp.ch | www.vpod.ch



«Denn Kinder aus Familien, die keinen legalen Aufenthaltsstatus besitzen, dürfen nicht zusätzlich unter dieser schwierigen Situation leiden; ihre Lebenslage ist zu prekär, als dass diese durch andere staatspolitische Anliegen zusätzlich belastet werden darf.»¹

Von den geschätzten 90'000 Sans-Papiers, die in der Schweiz leben, sind rund 1/10 Kinder und Jugendliche. Sie leben hier mit Sans-Papiers-Eltern oder Elternteilen, sind wie sie ohne Aufenthaltsbewilligung eingereist oder hier von Sans-Papiers-Müttern geboren worden, oder sind – zusammen mit ihren Eltern – erst im Verlauf der Zeit zu Sans-Papiers geworden, weil die Bewilligung nicht verlängert, oder entzogen worden ist. Es können aber auch Kinder sein, deren Eltern

ganz regulär hier leben, aber die Bedingungen für den Familiennachzug nicht erfüllen.

Durchsetzung des Rechts auf Bildung

Eigentlich ist der Zugang zum Bildungswesen für alle in der Schweiz lebenden Kinder und Jugendlichen unabhängig vom Aufenthaltsstatus in der Schweizer Bundesverfassung, der Kinderrechtskonvention (KRK) und dem UNO-Pakt I verankert. Trotz vielen Protesten von Betroffenen und Druck aus der Zivilbevölkerung konnten jedoch lange nur vereinzelte Sans-Papiers-Kinder den Schulunterricht besuchen; es hing vom Engagement und der politischen Einstellung der Schulbehörden und -leiter:innen ab.

Erst ab 1991 wurden auf gesamtschweizerischer Ebene die Grundlagen für die Einschulung der Sans-Papiers-Kinder gelegt – mit einer Empfehlung der Eidgenössischen Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK). Bekräftigt wurde dies mit dem Rundschreiben aus dem Jahr 2003 der EDK, aus welchem oben zitiert wird. Dank einer gesamtschweizerischen Kampagne durch den 2008 gegründeten «Verein für die Rechte illegalisierter Kinder» wurde eine Motion vom National- und Ständerat gutgeheissen, die den Zugang zur Berufslehre für Sans-Papiers-Jugendliche ermöglicht. Dies heisst aber noch lange nicht, dass alle Sans-Papiers-Kinder den Grundschulunterricht und weitere Ausbildungen besuchen. Vielfach klemmt es am mangelnden politischen Willen, aber vor allem auch an mangelndem Wissen der involvierten Behörden und Fachpersonen.

So ist beispielsweise der Datenschutz immer mal wieder ein Problem, weil die Schulbehörden nicht wissen, dass sie keine Daten von Sans-Papiers an Dritte weiterleiten dürfen, so gab es auch schon Probleme

bei Schulausflügen ins Ausland. Aus mangelndem Wissen wurde auch schon die Einwohnerkontrolle kontaktiert durch die Schulbehörden oder diese weigerte sich in einzelnen Gemeinden über längere Zeit, Kinder einzuschulen.

Neuauflage

Während der oben erwähnten Kampagne für die Rechte von Sans-Papiers-Kindern und Jugendlichen wurde deshalb in Zusammenarbeit mit dem VPOD im Jahre 2011 die Broschüre «Sans-Papiers-Kinder in der Schule» mit Handlungsempfehlungen für Schulbehörden, Sozialarbeitende und Lehrpersonen erstellt. Diese beinhaltet Informationen über die rechtlichen Grundlagen und die politische Situation der entsprechenden Kinder und Jugendlichen und zeigt die Handlungsmöglichkeiten und eventuellen Schwierigkeiten auf. Literaturangaben und ein Adressteil sind hilfreich für die Beschaffung weitergehender Informationen.

Seit 2011 hat sich einiges verändert; darum wurde diese Broschüre nun komplett revidiert und unter dem Titel «Sans-Papiers-Kinder an Schweizer Schulen» neu herausgegeben. Sie ist herunterladbar unter: vpod.ch/themen/bildung/interkulturelle-bildung/

Im Laufe des ersten Halbjahres 2024 wird die gedruckte Version beim Vpod und bei den Beratungsstellen für Sans-Papiers erhältlich sein. ■

Bea Schwager ist Leiterin der Sans-PapiersAnlaufstelle Zürich SPAZ und ehemalige Präsidentin des «Vereins für die Rechte illegalisierter Kinder».

¹ EDK-Rundschreiben vom 11.4.2003, betreffend «Grundsatz der Einschulung aller Kinder in die obligatorische Schule».

Sie singt fürs Leben gern

Eine Musiklehrerin berichtet über ihr Arbeitsleben.

Von Susann Wach



Claudia Schaers erster Beruf war Buchhändlerin. Mit 26 Jahren entschied sie sich für eine Quereinsteiger-Ausbildung am Konservatorium Zürich. Das Studienfach hiess «Seminar für Musikalische Früherziehung und Grundschule», der Hauptdozent war Willi Renggli. Seine Publikation mit dem Titel «Praxis der elementaren Musikerziehung» galt lange als Standardwerk für den Musikunterricht an der Volksschule. Die Eintrittsprüfung hatte Claudia mit Gesang und Querflöte bestanden. Heute verwendet sie im Unterricht mehrheitlich das Klavier, weil es praktischer ist – man kann dazu singen und sprechen.

Das Schulfach «Musikalische Elementarerziehung» (MEZ) wurde in der Stadt Zürich bereits in den 1970er Jahren eingeführt. Die städtischen Schulen waren in Sachen Unterrichtsreform den meisten «Schulen auf dem Land» weit voraus. In der Zwischenzeit haben manche Gemeinden die Musikalische Grundausbildung sogar wieder abgeschafft.

Bewegte Berufskarriere

Die erste Anstellung als Musiklehrerin erhielt Claudia in einer Zürcher Vorortsgemeinde. Es waren zwei mal zwei Wochenstunden, jeweils an einem Vormittag. Damals war der Musikunterricht an der Primarschule noch freiwillig, also nicht im Lehrplan verankert. Das hatte zur Folge, dass die Kindergruppen klein waren und die Stunden von den Eltern bezahlt werden mussten.

Mit 60 Jahren blickt Claudia auf eine bewegte Berufskarriere zurück. Unterbrochen von zwei Mutterschaftsurlauben steht sie seit 33 Jahren im Dienst der Zürcher Musikschule (MKZ), seit 1996 arbeitet sie an der Schule Entlisberg in Zürich-Wollishofen. Im aktuellen Schuljahr erteilt Claudia 16 Lektionen «Musikalische Grundausbildung» (MGA wie das Fach heute heisst) sowie weitere Musikstunden an der 3. bis 5. Klasse.

Viele Jahre hat Claudia Schaer als Fachbeauftragte MKZ in Zusammenarbeit mit der Schulleitung Unterrichtsentwicklungen begleitet. Wenn die Stundentafel nicht mit dem Profil der Lehrpersonen übereinstimmen wollte oder wenn die erforderlichen finanziellen Mittel für ein Projekt fehlten, hat sie ihr grosses Netzwerk genutzt und so manch unkonventionelle Lösung gefunden.

Die Frage, ob sie schon aus «intrinsischer Motivation» zu einem geringeren Stundenansatz oder in organisatorisch schwierigen Settings gearbeitet habe, bejaht Claudia. Sie fühle sich dem Lehrplan 21 und den Kindern verpflichtet, welche das Recht auf «Musik als Teil unserer Kultur» hätten. Über die lange Zeit hinweg kennt sie eine ganze Generation von Schülern und Schülerinnen aus dem Quartier. Schliesslich helfen auch gute kollegiale Beziehungen, Kompromisse einzugehen und persönliche Bedürfnisse hintenanzustellen. Aber Regelungen einseitig auf Kosten der Musiklehrperson müssen die Ausnahme bleiben, betont das langjährige Gewerkschaftsmitglied.

Angesprochen auf die vielen Schul(re)formen, welche sie schon erlebt hat, sieht Claudia auch strukturelle Probleme. So zum Beispiel bei der Ausbildung: Abgänger*innen des Studiengangs «Musik und Bewegung» der Zürcher Hochschule der Künste (ZHdK) hätten heute eine «Super-Ausbildung» in der Tasche. Wenn die jungen Leute dann aber motiviert vor einer Gruppe von Erstklässlern stehen und an den hohen pädagogischen Anforderungen einer integrativen Schule scheitern, tue ihr das leid.

Andererseits kann eine erfahrene Musiklehrerin wie Claudia Schaer an der Volksschule nicht als Fachlehrperson angestellt werden, ihr Arbeitgeber ist und bleibt die Musikschule Konservatorium Zürich (vergleiche «bildungspolitik» Nr. 233, S. 12-13). Man könne sich schon fragen, weshalb diese Restriktion des Volksschulamtes für das Fach Musik gilt, im Bereich der Sprachen oder Handarbeit jedoch nicht angewendet wird.

Herausforderungen des Musikunterrichts

Was beinhaltet die Musikalische Grundausbildung und was folgt danach? Die musikalische Grundschulung erfolgt an den Stadt Zürcher Primarschulen in der 1. und 2. Klasse. Sie beinhaltet Singen, Bewegen und vielseitiges Musizieren. Die Kinder lernen dabei mit Melodie, Rhythmus und Klangfarbe die emotionalen Qualitäten der Musik kennen. Im zweiten Jahr werden ihnen verschiedene Musikinstrumente vorgestellt als Entscheidungshilfe für den

weiterführenden Instrumentalunterricht.

Musikunterricht an der Grundstufe sei sehr anspruchsvoll. Claudia macht keinen Hehl daraus, dass auch sie erst lernen musste, mit den Kindern «streng» zu sein, um eine Doppellektion strukturiert abhalten zu können. Mit der Zeit habe sie dafür «Reaktionsmuster und andere Begabungen» entwickelt. Der MGA-Unterricht in Halbklassen macht ihr immer noch grosse Freude. Denn in dieser Altersgruppe sind fast alle Kinder offen fürs Spielen, Singen und Experimentieren.

Mehr Sorgen bereitet Claudia Schaer der Anschlussunterricht ab der 3. Klasse. In der Mittelstufe hängt es von vielen Faktoren ab, ob eine Schulklasse überhaupt in den Genuss vom Fach Musik kommt oder nicht. Erstens braucht es «musikaffine» Klassenlehrer*innen, die bereit sind, den Musikunterricht zu organisieren – bestenfalls im Teamteaching mit einer Musiklehrperson. Dafür sind zweitens geeignete Räumlichkeiten nötig und drittens muss eine Schulleitung allfällige personelle Anpassungen bewilligen. An vielen Schulen fehlt es an allem. Oder es kommt zu behelfsmässigen Konstrukten mit unbefriedigenden Unterrichtsbedingungen für Kinder wie Erwachsene.

Nicht so im «Äntlisberg»: Es sei wohl ein Glücksfall, meint Claudia Schaer, dass ausgerechnet an ihrer Schule das Zürcher Pilotprojekt zur Begabungs- und Begabtenförderung (BBF) installiert wurde. Im Rahmen des inzwischen eingeführten Förderangebots können ausgewählte Schüler*innen ab der 3. Klasse nebst dem regulären Unterricht im Fach Musik zusätzlich eine Musikwerkstatt besuchen. Im so genannten Pull-Out-Angebot findet eine beschränkte Zahl von Kindern mit besonderen musikalischen Begabungen optimale Lernsettings vor. Im grossen hellen Singsaal wird semesterweise Bodypercussion praktiziert, werden mehrstimmige Songs oder aufwendige Choreografien eingeübt. Das sind Arbeitsbedingungen von denen viele Musiklehrer*innen nur träumen können. ■

Susann Wach ist Primarlehrerin. Sie unterrichtet Deutsch als Zweitsprache (DaZ) in Zürich.

...und Köniz bewegt sich doch!

In Köniz bei Bern geschah im November 2023 Erstaunliches: Eine satte Mehrheit lehnte an der Urne eine Initiative «Ja zur Bildungsvielfalt» ab. Beim versenkten Volksbegehren ging es nicht etwa darum, in Köniz innovative Volksschulmodelle einzuführen, sondern die Abschaffung eines Relikts aus dem letzten Jahrhundert zu verhindern. Von Barbara Streit-Stettler

Die Jugendlichen der 7. bis 9. Klassen werden in Köniz, der viertgrössten Gemeinde des Kantons Bern, an sechs Oberstufenzentren unterrichtet. Über das Schulmodell an der Oberstufe entscheiden die einzelnen Schulkreise individuell, unterdessen haben sich alle für ein mehr oder weniger durchlässiges System entschieden. Das heisst, dass die Schülerinnen und Schüler nicht mehr fix einem bestimmten Niveau zugeteilt sind, sondern die Fächer Deutsch, Französisch und Mathematik auch auf anderen Niveaus besuchen können. Zusätzlich leistete sich Köniz bislang eine Art Langzeitgymnasium: Schülerinnen und Schüler, die besonders gute Noten hatten, wechselten nach dem sechsten Schuljahr an das Gymnasium Lerbermatt und wurden dort an «leistungshomogenen Klassen» unterrichtet, wie die Zeitung «Der Bund» im Vorfeld der Volksabstimmung zur Initiative «Ja zur Bildungsvielfalt» schrieb. Während das Untergymnasium als Vorbereitung auf die gymnasiale Laufbahn Ende der 90er-Jahre im Kanton Bern abgeschafft wurde, behielt Köniz die Oberstufenklassen in der Lerbermatt bei: Die Spez-Sek-Schülerinnen und -Schüler hatten die Wahl, ob sie die Oberstufe in ihrem Schulkreis oder in der Lerbermatt absolvieren wollten. Rund die Hälfte entschied sich laut «Der Bund» jeweils für das undurchlässige Modell in der Lerbermatt. Aktuell werden dort rund 120 Jugendliche der 7. und 8. Klasse unterrichtet.

Nun hat sich das Könizer Stimmvolk am 19. November mit 61,5 Prozent entschieden, sein Sondermodell abzuschaffen. Mit diesem Entscheid wird die Spez-Sek am Gymnasium Lerbermatt bereits auf das Schuljahr 2024/2025 aufgehoben. Eine mehr als 20-jährige Geschichte findet so ihr Ende, die zum Teil von hitzigen Diskussionen geprägt war. Immer wieder wollte man die Spez-Sek-Klassen in der Lerbermatt abschaffen, was aber erbitterten Widerstand auslöste. So gingen sogar im April 2000 500 Personen für ihren Erhalt auf die Strasse und wurden dabei vom Rektor der Lerbermatt angeführt. Mit Erfolg: Köniz sagte damals an der Urne Ja zum Fortbestand der Klassen.

Auch das aktuell für die Bildung zuständige Mitglied der Könizer Exekutive, Hans Peter Kohler, setzte sich bis zuletzt vehement für «Bildungsvielfalt in Köniz» ein, wie man immer noch auf seiner Website lesen kann.

«Jugendliche präziser fördern»

An seiner Haltung hielt der FDP-Gemeinderat auch fest, als das Könizer Parlament 2019 eine Motion überwies, die die Aufhebung der Spez-Sek-Klassen in der Lerbermatt verlangte. Casimir von Arx (GLP) hatte die Motion «Für ein breites Spez-Sek-Angebot in der Gemeinde Köniz» eingereicht, weil die Aufteilung der Spez-Sek auf die Lerbermatt und die sechs Oberstufenzentren «das Bildungsangebot verzettelt». Dabei stellte er nicht die drei Niveaus Real-, Sek- und Spez-Sek der Könizer Oberstufe in Frage, sondern wollte mit seinem Vorstoss das «Spez-Sek-Angebot in den Oberstufenzentren stärken», damit «Schüler und Schülerinnen durch die Durchlässigkeit präziser gefördert werden können». Ausserdem gebe es an den gemischten Oberstufenzentren mehr Möglichkeiten für die Jugendlichen, auch «Softskills zu trainieren». In der Lerbermatt würden die Schüler einseitig «auf den Gymer hin eingefädelt», eine breite Berufswahlvorbereitung finde nicht statt respektive werde den Herkunftsfamilien überlassen. «Die beiden parallelen Strukturen machen einfach keinen Sinn», erklärt von Arx.

Ein Loch in die Mauer geschlagen

Das Abstimmungsergebnis, das von Arx und sein Komitee am Sonntag, dem 19. November 2023, in Feierlaune versetzte, führt der Gemeinde- und Kantonsparlamentarier unter anderem darauf zurück, dass sich alle Schulleiterinnen und Schulleiter der Oberstufenzentren einig gewesen seien, dass die Klassen in der Lerbermatt abgeschafft gehörten. Diese Einigkeit sei 2000 noch nicht vorhanden gewesen. Seither habe die Forderung nach Durchlässigkeit an Akzeptanz gewonnen. Dem habe auch das Abstimmungsbüchlein Rechnung getragen und ausführliche Erklärungen dazu abgege-



ben, wie Durchlässigkeit an der Oberstufe funktioniert.

Schliesslich habe auch das Komitee gegen die Initiative «Ja zur Bildungsvielfalt» mit seinem Flyer die Sache auf den Punkt gebracht: Dieser zeigte eine Mauer mit einem Loch als Symbol für das Durchbrechen der Undurchlässigkeit (siehe oben rechts). Damit zeigte das Komitee sehr plastisch sein Ziel, dass mit der Aufhebung der Spez-Sek in der Lerbermatt in erster Linie eine durchwegs durchlässige Oberstufe erreicht werden sollte.

Ein letztes Aufbäumen

Eine Aktion der Schulleitungen kurz vor dem Abstimmungssonntag schlug hohe Wellen: Über die Schul-App «Klapp» verschickten sie eine Empfehlung an alle Eltern, die Initiative abzulehnen, weil die «Schülerinnen und Schüler, die die Spez-Sek an der Lerbermatt besuchen, in den anderen Oberstufenzentren fehlen». Insbesondere wegen des gewählten Kommunikationsmittels wurden unmittelbar nach der Abstimmung – wahrscheinlich von Privatpersonen – zwei Beschwerden eingereicht, die eine Ungültigkeitserklärung der Abstimmung und deren Wiederholung verlangten. Weil durch die eingereichten Beschwerden noch viele Fragen offen seien, stellte die Gemeindeexekutive dem Parlament daraufhin den Antrag, die Auflösung der Spez-Sek-Klassen in der Lerbermatt um ein Jahr auf 2025 zu verschieben. Diesen Antrag lehnte das 40-köpfige Parlament im Januar 2024 mit 19 zu 18 Stimmen jedoch ab, so dass die Umsetzung der Reform der Könizer Oberstufe in diesem Sommer nun endlich konkret wird.

Die gewonnene Volksabstimmung hat in Köniz zwar keine Schulrevolution ausgelöst, es hat sich aber etwas in die richtige Richtung bewegt, das hoffentlich weitergehen wird. Das Beispiel zeigt, dass Schulreformen einen langen Atem benötigen. Dabei gilt es, auch über lange Zeiträume am Ziel einer guten Schule für alle Kinder festzuhalten. ■

Barbara Streit-Stettler ist Präsidentin des Vereins «Volksschule ohne Selektion» VSoS.



Berner Bildungsinitiative

Der VPOD Region Bern unterstützt die kürzlich lancierte kantonale Initiative, Bildungsqualität in der Verfassung zu verankern. Es braucht dringend Massnahmen gegen den Personalmangel sowie für ein qualitativ gutes und möglichst durchlässiges Bildungssystem. Die Arbeitsbedingungen der Lehrpersonen müssen verbessert werden.

Im Herbst letzten Jahres lancierte der Dachverband der Lehrerinnen und Lehrer Schweiz (LCH) mit kantonalen Lehrpersonenverbänden sowie mit der Unterstützung des VPOD Schweiz einen Aktionsplan zur Bildungsqualität. Dabei wird mit Hinweis auf den Personalmangel betont, dass es in der Bildung nicht zu Abstrichen kommen darf. Schliesslich ist die (Aus-) Bildung der jungen Generation für unsere Gesellschaft zentral. Aus diesem Grund wurde und werden in diversen Kantonen Initiativen, Petitionen und weitere Aktionen gestartet. So auch im Kanton Bern. Der VPOD-Region Bern zählt ebenfalls zum breiteren Unterstützungskreis.

Wieso jetzt gehandelt werden muss...

...steht ausser Frage. Der Druck auf die Schulen nimmt deutlich zu. Es herrscht Lehrpersonenmangel. Jeden Sommer stehen die Schulleitungen vor der erneuten Aufgabe mit Improvisation Stellen zu besetzen – sprich Notlösungen zu finden. Im Kanton Bern verfügt mittlerweile fast jede fünfte Lehrperson nicht über eine zu ihrer Funktion passenden Ausbildung. Im Kanton Zürich unterrichten im Moment in rund drei Prozent der Stellen Personen ohne Lehrdiplom. Die Situation wird sich in den nächsten zehn Jahren noch weiter zuspitzen. Einerseits werden die Schüler:innenzahlen in der Volksschule weiterhin deutlich anwachsen. Andererseits wird rund ein Drittel der Lehrpersonen bis dahin pensioniert. Es braucht eine Lösung, die nicht nur die Normalisierung des Notstands beinhaltet.

Eine kantonale Anlehnung an die Pflegeinitiative

Eine Bildungsinitiative muss aufgrund der föderalen Organisation des Bildungsbereichs und der weitgehenden Verantwortung der Kantone auf kantonalen Ebene ansetzen. Ziel ist es, den Begriff «Bildungsqualität» in der Verfassung zu verankern. Der Initiativtext enthält die Forderung nach flächendeckend hoher Qualität der Bildung und dafür genügenden Mitteln, nach ausreichendem qualifizierten Personal sowie danach, dass die Arbeit der Lehr- und Fachpersonen in erster Linie den Schüler:innen zu Gute kommt. Die Initiative ist aufgrund der Verfassungsebene bewusst vage gehalten, ähnlich dem Vorbild der Pflegeinitiative.

Das Personal braucht Nägel mit Köpfen

Umso wichtiger ist bei der Umsetzung der Fokus auf den Arbeitsbedingungen. Die Umsetzung der Initiative und die Detailausgestaltung, z.B. die Entlastung von administrativen Arbeiten, kleinere Klassen oder bessere Löhne im interkantonalen Vergleich, hängen dann von einem klar bürgerlichen Parlament ab. Ein Parlament, das sich in der Budgetdebatte für 2023 zwar für Massnahmen gegen den Lehrpersonenmangel ausgesprochen hat, aber bitte gratis. Hier muss besonders achtgegeben werden. Der VPOD Region Bern ist wachsam und setzt sich für echte Bildungsqualität ein. ■

► Hier geht es zur **Berner Bildungsinitiative**:
www.bildungsqualitaet-sichern.ch

Text: **Lirija Sejdi**, Regionalsekretärin VPOD Bern.

Inklusion und Entlastung jetzt!

Beim VPOD organisierte Lehr- und Fachpersonen positionieren sich zur Förderklasseninitiative und der integrativen Schule.

Die Ressourcen zur richtigen Umsetzung der integrativen Schule fehlen. Viele Lehr- und Fachpersonen stossen an ihre Belastungsgrenzen. **Die Förderklasseninitiative ist aber der falsche Weg**, um den Problemen zu begegnen. Sie bietet höchstens eine kurzfristige Entlastung auf Kosten der betroffenen Schüler:innen.

Wir sind überzeugt, dass die integrative Schule der richtige Weg ist. Nur so können **alle zusammen und voneinander lernen**, in einem Klassenverband, der allen Kontinuität und stabile Beziehungen bietet. Damit das gelingen kann, braucht es **Doppelbesetzungen, weniger administrative Aufgaben sowie Gefässe für integrative Arbeit und Absprachen** zwischen den Lehrpersonen – und mehr.

In unserem **Forderungspapier «Lehr- und Fachpersonen sagen JA zur integrativen Schule – aber nicht so!»** kritisieren wir die Förderklasseninitiative sowie die vom Erziehungsdepartement vorgeschlagenen Massnahmen. Stattdessen formulieren wir konkrete Forderungen, um die integrative Schule zu verbessern. Wir sind **Lehr- und Fachpersonen in Basel und organisiert beim VPOD**, der Gewerkschaft für einen starken Service public.

Zum Forderungspapier

«Lehr- und Fachpersonen sagen JA zur integrativen Schule – aber nicht so!»

www.vpod-basel.ch/integrative-schule



Veranstaltungsreihe Winter 2024

Warum Integrative Schule?

Perspektiven aus Wissenschaft und Praxis

Warum integrative Schule der richtige Weg ist. Wem nützt sie? Wem schadet sie? Die Forschung hat auf diese und mehr Fragen klare Antworten – lasst uns darüber aus Praxisperspektive diskutieren.

Inputs von **R. Sagelsdorff, R. Zahnd**, Bildungssoziologie/Inklusive Didaktik und Heterogenität, FHNW / eine Referentin der Fachstelle für Förderung und Integration, anschliessende Diskussion.

Mi 28.02.2024
19 Uhr
Dachstock PS
St. Johann
Spitalstrasse 50

Inklusives Schulsystem Tessin

Förderung statt Selektion

Was läuft (falsch) bei der integrativen Schule in Basel?

Wie gelingt sie in andern Kantonen? Ein Blick ins Tessin zeigt, die inklusive Schule kann funktionieren. Wir schauen uns an wie.

E. Berger, Direktor der Abteilung Schule, Bellinzona / **B. Jörmann**, Sprachbeauftragte, Kanton Tessin / **K. Meier**, VPOD-Verbandskommission Bildung, VSoS «Eine Schule für alle – ohne Selektion», Zürich.

Do 21.03.2024
19 Uhr
Aula PS St. Johann
Spitalstrasse 50

Von der Buch- zur Arbeitsschule

Georg Kerschensteiner prägte als Schulrat die Münchner Schulen und war ein Begründer der Berufsschule in Deutschland.

Von **Liselotte Lüscher**

Georg Kerschensteiner war Anfang des 20. Jahrhunderts selbstverständlich nicht der Einzige, der von der «Buchschule» weg zu einer anderen Schule wollte. Er war Teil einer Bewegung, Teil der Reformpädagogik. In Zürich äusserte er 1908 den oft zitierten Satz: «Aus unserer Buchschule muss eine Arbeitsschule werden, die sich an die Spielschule der ersten Kindheit anschliesst.» Seine Forderung, die praktische Erfahrung in den Vordergrund zu stellen, hatte ein klares Ziel: die staatsbürgerliche Erziehung. Nicht das Buch sei der Träger der Kultur, sondern die «hingebende, sich aufopfernde Arbeit im Dienste der Mitmenschen oder einer grossen Wahrheit». In der Arbeitsschule lerne der einzelne, sich unterzuordnen und «hier lernt er schwächere und weniger begabte Mitschüler zu unterstützen». Seine Interessen «können und sollen» in den Interessen der Gesamtheit aufgehen. Für Kerschensteiner ist der Staat eine sittlich hochstehende Arbeitsgemeinschaft. In der Schule lernt der einzelne mit andern zu kooperieren, sich einzufügen und wird damit auf seine Aufgabe als Staatsbürger, Staatsbürgerin vorbereitet.

Einfluss auf die Schulentwicklung und die Berufsbildung

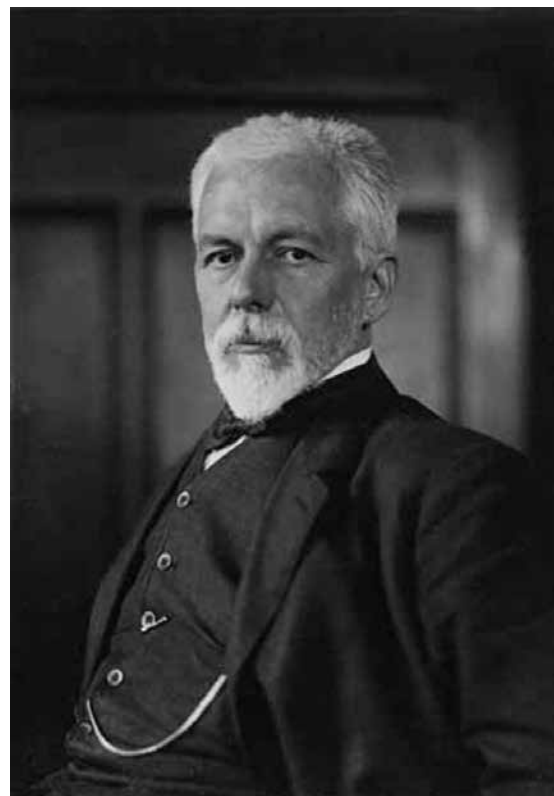
Ich werfe kurz einen Blick auf seine Biographie, um das fast Zufällige aufzuzeigen, das ihn zu einem wichtigen Pädagogen der damaligen Zeit machte. Kerschensteiner wurde 1854 in München geboren. Seine Eltern waren verarmte Kaufleute und er wurde mit acht Jahren wegen Bandendiebstahls in Arrest genommen. Nach dem Besuch eines Lehrerseminars war er mit 18 Jahren schon Dorfschulgehilfe. Ein paar Jahre später holte er das Abitur nach und studierte als Werkstudent Mathematik und Physik. Anschliessend arbeitete er mehrere Jahre als Gymnasiallehrer – auch in München, wo er mit gut

40 Jahren Schulrat sowie zum Abschluss seiner beruflichen Karriere Honorarprofessor an der Universität und gleichzeitig auch Reichstagsabgeordneter wurde. Gestorben ist er im Jahr 1932.

München hat er Zeit seines Lebens nie lange verlassen, als Schulrat war es ihm möglich, die Schulen der Stadt stark zu verändern. In seiner Rede an der Pestalozzifeier in Zürich bemerkt er aber, dass es erst 1907 «nach heissen Kämpfen» gelang, den Laborunterricht als Element der Arbeitsschule für die 8. Klasse in Chemie und Physik obligatorisch zu erklären. Dieser werde aber «trotz der heftigen Anfechtung» später auch in die 7. und 6. Klasse «hinuntersteigen». Von oben verordnete Schulreformen hatten es auch damals nicht leicht! Zusätzlich bemerkt er, dass die Arbeitsschule vorerst nur «Schritt um Schritt» eingeführt werden könne und eine «mühsame Unternehmung» sei, bis nicht «die Lehrerbildung selbst von dem völlig neuen Geist der Arbeitsschule durchtränkt ist». Was für eine eigentlich für alle Schulreformen gültige Bemerkung!

Seine Idee, dass die Schüler und Schülerinnen durch praktische Erfahrung lernen sollen, führte wie erwähnt zum Einrichten von Laboratorien, dazu kamen Werkstätten, Zeichensäle, Musikzimmer, Schulküchen und Schulgärten. Für ihn ist aber damals noch klar: die beiden letzteren dienten nur den Mädchen.

Kerschensteiner ist ebenfalls bedeutend als Schöpfer der Berufsschule in Deutschland. Diese soll nicht einfach die Volksschule fortsetzen, sondern das Interesse an der zukünftigen beruflichen Tätigkeit integrieren. «Die Berufsausbildung steht an der Pforte zur Menschenbildung». Es gebe kaum einen



Beruf, der nicht «mit tausend Fäden» an alle anderen Berufe «gekettet» sei. Dieses komplizierte Geflecht «aufzudecken oder doch ahnen zu lassen», das nennt er «wahre Berufsbildung, das führt über den Arbeiter hinaus zum Menschen».

Offensichtlich pilgerten in der Zeit, in der Kerschensteiner in München als Schulrat aktiv war, interessierte Pädagogen und Unternehmer aus der ganzen Welt dorthin, um sich zu informieren. Kerschensteiner hat sich vor allem dank seines Amtes mit Erziehung und Schulung beschäftigt und er konnte dank diesem seine Ideen auch umsetzen, was nicht jedem Pädagogen vergönnt ist. ■

Liselotte Lüscher ist Erziehungswissenschaftlerin. Als ehemalige Lehrerin kennt sie das Schulwesen; seit vielen Jahren beschäftigt sie sich mit diesem auch wissenschaftlich und politisch. Sie promoviert zur Geschichte der Schulreform in der Stadt Bern, war Lehrbeauftragte am Pädagogischen Institut der Universität Bern und Mitglied im Berner Stadtrat.

Weiterbildungskurs

Schreiben für bessere Bildung und Arbeitsbedingungen in den Schulen

Die «vpod bildungspolitik», unsere gewerkschaftliche Fachzeitschrift für den Bildungsbereich, wird neu aufgebaut. Im Kurs lernen wir, welche aktuellen Bildungsthemen gewerkschaftlich relevant sind, brainstormen Artikel und Autor*innen, erarbeiten uns Konzepte für Schwerpunkte, besprechen Textsorten, gleisen Schreibübungen auf und setzen damit die ersten Bausteine für eine neue Milizredaktion der «vpod bildungspolitik».

Der Kurs richtet sich an alle (zukünftigen) VPOD-Mitglieder, die sich engagieren wollen für bessere Bildung an unseren Schulen. Lehrende aus allen Bildungsstufen sind herzlich willkommen.

Termin: Mittwoch, 6. März, 2024, 17:00 Uhr bis 20:00 Uhr
Kursort: Online per Zoom
Kursleitung: Johannes Gruber

Für VPOD-Mitglieder unentgeltlich
Anmeldung unter: redaktion@vpod-bildungspolitik.ch

Retouren an: vpod, Postfach 8279, 8036 Zürich

AZB
P.P. / Journal
CH-8036 Zürich
Post CH AG